

Serausgegeben bom Borftand bes Deutschen Metallarbeiter-Berbandes in Stuttgart Ericeint alle 14 Zage * Berautwortlich für Die Redaktion: Robert Digmanu

5. Jahrg.

Stuttgart. 5. Juli 1924

Nummer 10

Inhaltsverzeichnis:

1. Rreditvolitit (Tony Senber, Franffurt a. M.).

2. Die Buftanbe im Ralibergbau (Bulian Bordarbt, Berfin).

3. Der Arbeiter und Die Schutzölle (Rarl Marchionini, Leipzig).

4. Die Gemerinduftrie ale Feind ber Wirtschaft (Beinrich Teuber, Bodum). 5. Bas find Birtichaftefrijen? (2. Gepler, Rieberlahnftein).

6. Die Entwidlung bes gewerblichen Fortbildungsichulmefens in Burttemberg (Gererbe-7. Gin Arbeiterfammerbericht (Tony Genber, Frantfurt a. M.). [fculbir. Gautter, Stuttgart).

8. Hebermachung von Dampftonbenfationsanlagen (Steiger Salbfell, Buer).

9. Die Statif im Gifenbau (Bon Lief).

10. Bücherbeiprechung.

Rreditvolitif

Tonn Genber, Frankfurt a. Dt.

Im Mittelpunkte ber politischen und wirtschaftlichen Erörterung fteht gurgeit allenthalben das Dawes-Gutachten, beffen Unnahme und Durchführung auch von uns als notwendig betrachtet wird. Aber es tann nicht rechtzeitig genug bor Illusionen gewarnt werden, die jest schon zum Teil gefliffentlich und mit geheimer Absicht, gum Teil aus übertriebener Ginichatung feiner Wirtungen genährt werden. Rach bon Borichlagen diefes Gut achtens follen in der Tat im laufenden Jahre 800 Millionen Goldmark Auslandsfredit Deutschland zufliegen, und auf Diefen Rredit wird in erfter Linie vermiesen, wenn die Frage der Wiederherstellung der Liquiditat der deutschen Wirtschaft beantwortet werden foll. Wie wollen bier gar nicht erörtern, ob und in welchem Musmag Dieje Gumme überhaupt bom auslandischen Rapital ber beutschen Wirtschaft gegeben wird, sondern diese Singabe als gesichert unterstellen. Aber auch bann zeugt es noch bon einer er schredenden Oberflächlichfeit, wenn man glaubt, durch einen folden Betrag ware der deutsche Geldmarft wieder in einen auch nur halbwegs normalen Buftand gurudguverfeben.

Demgegenüber fei auf die Biffern verwiesen, die ber Staatsfefretar Dr. Sirich über bas Rredittapifal ber Bor- und Rachfriegszeit angibt. Danach

bejag das Deutschland der Borfriegszeit an Rreditmitteln:

bei ben Sparfaffen . . 19,7 Milliarden Goldmart Banten und andern privaten Rreditanftalten 30-35

aufammen rund 50-55 Milligrben Golbmark

Nach Abzug von 10 Milliarden für die abgetretenen Gebiete und Berūdsichtigung eines weiteren Abzugs für Minderverbrauch, wozu jedoch wiederum ein Zuschlag für die Geldentwertung zu rechnen ist, schätzt er den für die derzeitige deutsche Wirtschaft notwendigen Kreditbetrag auf 40 Milliarden Goldmark. Demgegenüber veranschlagt er den heute zur Verfügung stehenden Wirtschaftsfredit

Offentliche Aredite:

private Auslandstredite, geschätt bei Banken und Sparkassen höchstens (nach Abzug der Reichs- u. Rentenbanktredite)

dite) = 3,— susammen 6.80 Milliarden Golbmark

auf 1,-

Bujammen 6,80 Witmarden Goldmart

Diese Aufstellung zeigt eindringlich genug die Notwendigkeit, sich nicht ausschließlich auf die ausländische Silfeleistung zu verlassen, sondern aus eigener Kraft die Wege aufzufinden und entschlossen zu gehen, die diese gegen-

wärtige Rrife zu verfürzen geeignet ift.

Um aber dies zu können, muß man sich über den Charafter dieser von dielen fälschlich als reine Kreditkrise angesprochenen schwierigen Situation klar sein. Gewiß sind die gegenwärtigen Schwierigkeiten eine Auswirkung der eingeleiteten Stadilisierung resp. Überwindung der Inflation. Aber damit allein sind sie nicht erklärt. Inflation und beginnende Stadilisierung hatten noch weitere Auswirkungen, die sich am schrofssten zeigten in der völligen Zerrüttung und heute noch fortdauernden starken Schwächung der Kausftraft der breiten Wassen der Bewölferung, durch die der Absatischlich ins Stocken geraten mußte, die aber auch noch eine weitere Auswirkung hatte: die Unmöglichkeit sür diese Kreise nämlich, sich Rücklagen machen zu können, so daß das während der Instation zusammengeschmolzene Sparkapital auch heute noch nicht wiedererscheinen kann.

Darum wäre es völlig aussichtstos, das Problem der Lojung der Areditfrife lediglich von der Geldseite ber anpaden zu wollen. Ift es doch eine nicht unwesentliche Tatfache, daß fehr viele Unternehmungen, die infolge ber Rreditnot in Zahlungsftodungen geraten find, darum bennoch teine paffibe Bilanz aufweisen, da die Aftiva noch genügend an Immobilien, Inventar und an - Warenvorraten aufweift, daß damit die Baffiva auszugleichen ware. Merdings ift die Realifierung diefer Warenvorrate nur bann möglich. wenn fich die Eigner zu gang bedeutenden Preisherabsetungen entschließen und dadurch den Rauf der Waren auch bei der geschwächten Rauffraft ber Mehrheit der Bevolkerung ermöglichen. Dagegen ftrauben fich die Befiter aber immer noch. Und darum ihr febr heftiger Anfturm gegen bie Bolitit ber energischen Rreditreftrittionen (Ginschräntungen) ber Reichsbant. Bohl hat die Rreditpolitit bes Reichsbantprafidenten Dr. Schacht einen gewiffen Drud auf die Warenbesiter ausgeübt, doch bleibt diese Magnahme der Kreditreftrittionen folange eine halbe, als fpeziell die folbenten Firmen der Großinduftrie es vorteilhafter finden tonnen, den verhaltnismäßig billigen

10 Brozent-Distont der Reichsbant in Unfpruch zu nehmen, als ihre Be-

stände zu stark herabgesetzen Preisen zu realisieren. Deshalb: Heraussetzung des Diskontsatzes der Reichsbank und seine Unpassung an den Preis (ausgedrückt im Zinssatz) des privaten Geldes, dann auch erst wird man den besklagten Kettenhandel in Krediten unterbunden haben. Denn Tatsache ist ja, daß man heute in der Warenproduktion und im Warenhandel nicht so viel verdienen kann, wie bei der Weitervergebung des im Verhältnis zum privaten Gelde billigen Reichsbankgeldes, und daß auch die großen angesehenen Unternehmungen keinerlei Gewähr gegen solchen Mißbrauch des Reichsbankgeldes bieten, dürste doch die unrühmliche Historie des Kuhrkampses zur Gemüge beweisen.

Der Einwand, daß Erhöhung des Zinssates auch Erhöhung der Preise bedeute, ist nicht stichhaltig, denn tatsächlich sind ja die Nutnießer des billigen Diskontsates lediglich die Herren der Wirtschaft, nicht aber etwa die Konsumenten, da für die Kalkulation nicht lediglich der Keichsbanksat, sondern der Durchschnittssat des gesamten Geldmarktes zur Grundlage genommen wird. Mit der scharfen Heraufsetung des Reichsbankdiskonts müßte zugleich eine ebenso energische Erhöhung der Berzinsung von Spareinlagen Platz greisen. Erst dann wird man den Anreiz zum Sparen wieder gegeben haben. Der Unterschied zwischen Debets und Kreditzinsen nuß ehestens verschwinden.

Um aber auch der für Ansammlung von Rücklagen in erster Linie in Frage kommenden breiten Masse der Bevölkerung die vorübergehende Abzweigung kleiner Summen zu ermöglichen, muß der Reallohn ganz erheblich gesteigert werden. Das setz allerdings voraus eine gewaltige Umstellung der Betriebe, die nicht nur zum Prinzip: Großer Umsat — kleiner Nupen und ebenso zum Grundsat peinlichster Kalkulation zurückehren müssen, sonderu auch zur Ausschaltung aller unwirtschaftlich arbeitenden Unternehmungen, die zum Teil auf dem Sumpsoden der Inflation entstanden sind, zum Teil aber durch eine falsche und kurzsichtige Politik im technischen Ausbau und in der Organisation vollkommen ins hintertressen geraten sind.

Dic3 wird allerdings auch die harte und schwer zu lösende Aufgabe der Umgruppierung der Arbeitskräfte mit sich bringen und in diesem Punkte in erster Linie die Gewerkschaft zum Schutz der Arbeitskraft einzugreisen habem. Aber töricht wäre es und würde nur eine Berlängerung der Leiden für die gesamte arbeitende Bevölkerung bedeuten, wollte man sich diesem notwendigen Abdau unwirtschaftlicher Betriebe entgegenstemmen oder gar jedwede Stillsegung untersagen. Wir haben den Schutz der Allgemeinheit für die Entslassen mit Nachdruck zu fordern und müssen darin geschlossen zusammenstehen, aber wir würden nur die Geschäfte eines egoistischen und untüchtigen Unternehmertums besorgen, wollten wir uns dem Abdau unwirtschaftlicher Betriebe widersehen, deren Stillegung ja im Interesse vollissen, deren Schließung auch eine sozialistische Wirtschaft, ja gerade diese, da sie ja im höchsten Waße rationell arbeiten muß, genötigt wäre.

Diese Maßnahmen aber müßten ergänzt werden durch eine gründliche Revision unseres Steuerspstems. Schon immer haben wir betont, daß eine Umsatzteuer von $2^1/2$ Prozent auf jeden Besitzwechsel in Zeiten einer stabilen Bährung überhaupt nicht getragen werden kann. Das zeigt sich heute bereits. Ein allmählicher Abbau dieser ungeheuerlichen, den Konsum besastenden indirekten Steuer ist unumgänglich, aber sie kann nur ersetzt werden durch

bie auch im Sachverständigengekachten ausdrücklich betonte Steigerung der Besitzsteuern, speziell der Erbschaftssteuer, sowie durch eine entstrechende Heranziehung der Sachwerte, wobei wir die im Gutachten nicht angeregte Bestaltung auch der Landwirtschaft unserseits zu fordern haben.

Nur wenn von allen Seiten zugleich angegriffen wird, wenn man es in Deutschland endlich aufgibt, sich nicht immer und immer wieder auf die auständische Silfe zu verlassen, sondern nur auf die eigene Rraft baut, wird das

gegenwärtige ichwierige Stadium gn überwinden fein.

Galbanifierung ber topitaliftifchen Wirtichaft! ruft man uns entgegen. Darauf haben wir zu erwidern: Much durch dieje Magnahmen tann die tabitaliftische Wirtichaftsordnung nicht auf die Dauer gerettet merben. Solange aber das Broletariat noch nicht die Dacht und vor allem noch nicht die Geichloffenbeit aufweift, um feine eigene Wirtschaftsordnung errichten gu tonnen, folange haben wir mahrlich fein Intereffe baran, um die Rrife und damit bas machiende Elend gerade und nur ber arbeitenden Schichten bis ins Unerträgliche fteigern zu laffen. Richt aus einem halbverhungerten, burch bie Not verbittert und frumpf gewordenen, in feiner Rorperfraft niedergeichlagenen Proletariat tann die ftarte Fauft fich gujammenballen, ber ftarfe Blaube an fich felbft und die unüberwindliche Solidarität erwachfen. Und wenn auch durch die vorgeschlagenen Magnahmen die gegenwärtige Birtichaft, die ja noch fapitaliftisch ift, ju einer vorübergehenden Befundung gelangt, fo überfieht ber geschulte Gozialift nicht bie Dialeftif ber Beschichte, Die damit jugleich auch die Gegentraft wieder erftarten lagt, die Organifationen bes Proletariats, die nun mit neuer Rraft ben Rlaffenfampf als Sadwalter ber Menichheitsintereffen führen tonnen.

Die Zustände im Kalibergbau

Bulian Bordarbt, Berlin

::::

Während die Herren Doktoren sich in hochpolitischen Konserenzen mit einer anerkennenswerten Ausdauer die Köpse zerbrechen, während die Zeitungsschreiber im Schweiße ihres Angesichts dem Publikum einzureden suchen, ein Personenwechsel — wie zum Beispiel jetzt Herriot statt Boincars, vor sechs Monaten Macdonald statt Baldwin — werde für alles Heilung bringen, geht die Krankheit des Wirtschaftslebens nachgerade in galoppierende Schwindsucht über. Eine der zahllosen Stellen, an denen das Geschwür bösartig aufzubrechen im Begriff steht, ist die Kaliindustrie. Und dabei muß man immer wieder konstatieren, daß das im Kapitalismus befangene Denken der Zeit nicht einmal vermag, Sitz und Art der Krankheit richtig zu erstennen, womit natürlich sede Possnung, die rechten Heilmittel zu sinden, von vornherein begraben wird.

Ich greife ein beliebiges Beispiel heraus. Am 25. Juni schrieb die "Deutsche Bergwerkszeitung", befanntlich ein sehr einflufreiches Blatt, über die Krise in der Kaliindustrie. Sie schilderte die unaufhörlich wachsende Stillstegung von Betrieben,

mit bem Biele, nur noch die Berte mit den allerbeften Bortommen im Betriebe gu erhalten, und auch fier mit der Einschränfung, daß nur dort gefordert werden barf,

mo mit auberft billigen Gelbitfoften die Forberung überhaupt möglich ift.

"Außerst billige Selbstosten" kann ja mancherlei bedeuten. Jedoch dem geschulten Leser braucht man nicht erst zu sagen, daß die D. B. vor allem, wenn nicht ausschließlich nur eins meint: billige Arbeitslöhne. Auch dies wieder soll ein Wint mit dem Zaunpfahl sein für die Arbeiter, in jede Senkung des Lohnes, in jede Ausdehnung der Arbeitszeit zu willigen, um die Entlassung zu vermeiden. Und gleichwohl findet das Blatt, nur wenige Zeilen später, den Grund der ganzen Wisere "in der erschöpften Kauftraft der europpäischen Märkte".

Man braucht keine Böswilligkeit anzunehmen. Nein, die Verfasser solcher Artikel sehen es wirklich nicht, daß sie sich selbst glatk widersprechen. Am meisten wird Kali verwandt als Düngemittel für die Landwirtschaft. Aber die Landwirte — das steht ebenfalls in dem Artikel — verzichten auf dem Bezug von Kali und begnügen sich lieber mit kleinerer Ernte, weil sie sürchten, daß man ihnen die große Ernte nicht abkaufen wird. Warum fürchten sie das? Weil die Masse des Lokes nicht genügend Einkünste hat. Und dem will man abhelsen, indem man die Arbeitslöhne — noch tiefer herabdrückt.

Indessen wollen wir die Sache heute von einer andern Seite her betrachten. Zwar steht es in diesem Artikel nicht mit ausdrücklichen Worten, aber seine ganze Tendenz, wie die Tendenz der gesamten "öffentlichen Meinung", die ja von kapitalistischen Blättern gemacht wird, geht dahin, daß auch dieses Walheur letzten Endes durch zu hohe Ansprüche der Arbeiter verursacht sei. Bei der Kaliindustrie lät sich nun mit besonderer Deutlichkeit

nachweisen, daß diese Behauptung den Tatsachen widerspricht.

Gerade in der Raliinduftrie nämlich batieren die Schwierigkeiten nicht erft bon beute und geftern. Schon feit mindeftens 20 Jahren wird barin über angebliche "überproduftion" geflagt, die auch wiederholt gur Stillegung bon Schächten und damit, wie man fich auszudruden pflegt, gur "Bernichtung von Nationaltapital" geführt hat. Im Sahre 1909 fab fich bie Reichsregierung veranlagt, einzugreifen und burch ein (1910 in Rraft getretenes) Gefet den gesamten Kalibergban zwangsweise zu einem Syndifat zusammenguschließen. Wie es aber zu einer folden Rotlage gefommen war, bas mußte man damals gang genau. Die Löhne ber Arbeiter waren nicht iculd daran. In ber (vom Dezember 1909 batierten) Begründung des Befet entwurfs gab die faiferliche Regierung an, daß in ber Beit bon 1900 bis 1908 die Zahl der Kaliwerfe von 15 auf 50 gestiegen mar, während die Broduftion fich nur fnapp berdoppelt hatte (von 3 auf 5,9 Millionen Doppelzentner reines Rali). Auf jedes einzelne Werk kam infolgedeffen 1908 durchschnittlich nur etwa halb soviel Absat wie 1900. Und dann fährt die Regierung wörtlich fort:

Trop dieses überslusses an Erzeugungsstätten werden noch sortgesetzt neue Kalis werte angelegt. Die Zahl der sörderfähigen Werke... beträgt zurzeit (Dezember 1909) bereits eiwa 60. Etwa 30 bis 40 weitere sind im Entstehen begriffen und werden voraussichtlich innerhalb der nächsten brei bis vier Jahre fördersähig werden.

Aber auch das sei noch nicht die Grenze, weil die Bohrungen immer weiter gingen — tatsächlich waren 1908 in Deutschland nicht weniger als 326 Bohrgesellschaften auf Rali tätig — und auch die schon bestehenden Werke noch Raum genug für neue Schächte böten. "Es muß daher (ich zitiere wieder wörtlich) damit gerechnet werden, daß in den nächsten Jahren noch eine große Bahl weiterer Werke geschaffen wird", obgleich die schon vorhandenen

weit mehr produzierten, als abgesett werden fonnte.

Also, der wahre Grund des Niedergangs lag durchaus in dem Wachstum des anlagesähigen und anlagesuchenden Kapitals. Da im Kalibergbau ein Syndikat bestand, das die Preise künstlich hochhielt, so drängte sich frisches Kapital mit einer wahren Wollust in die Branche und es kam zu einer geradezu tollen überkapitalisierung. Hier lagen die wahren Ursachen der Rot, wie die Regierung damals in Übereinstimmung mit der kapitalistischen Presse ganz richtig sesstellte. Was man in wenig großen Werken hätte leisten können, wurde aus eine große Zahl kleiner Werke zersplittert, natürlich mit viel zu hohen Selbstosten.

Daraus entstand nun die folgende Zwickmühle. Das Syndifat mußte die Preise so hochhalten, daß sich auch das rücktändigste, überflüssigste Werkt noch rentieren konnte. Aber auch die kapitalistischen Bäume wachsen nicht in den Himmel. Infolge der überhohen Preise stockt der Absat, und jest wollten die großen, leistungsfähigen Werke nicht mehr mitmachen. Sie konnten auch dei vernünftigen Preisen existieren und hatten kein Interesse mehr an dem Syndikat, das ihnen nur eine unbequeme Konkurrenz künstlich großzog. Sie zogen die Verhandlungen wegen Erneuerung des Syndikats in die Länge, und als am 30. Juni 1909 um Mitternacht die Frist abgelausen war, verließen ihre Vertreter den Saal und verkausten noch in derselben Nacht große

Mengen Rali zum halben Preis nach Umerifa.

Das war der Moment, wo die Regierung eingriff. Aber was wollte sie eigentlich? Sie befand sich in einer unmöglichen Position. Hatte sie den Ursprung des Abels in der maßlosen Gründung neuer Werke erkannt — denn tiefer zu sehen und die treibende Kraft im maßlosen Berwertungsdrang des akkumulierten Mehrwerts zu erblicken, woraus sich dann freilich ganz andere Abwehrmaßnahmen ergeben hätten, das konnte man einer kapitalistischen Regierung nun doch wohl nicht zumuten —, so hätte sie die Anlegung neuer Werke und neuer Schächte verbieten müssen. Indessen, das braucht man nur auszusprechen, um zu wissen, daß auch dies in einem kapitalistischen Staat eiwas ganz Undenkbares ist. Die Regierung spricht es auch aus, daß sie schon allein vor den Entschädigungsansprüchen zurückschreckte, die die Besitzer noch nicht eröffneter Eruben und angebohrter Felder dann an sie gestellt hätten. Denn der Anspruch des Kapitals auf Rente ist bekanntlich das heiligste Recht, das es im kapitalistischen Staat gibt.

So beschränkte sich die Regierung auf das Zwangsshndikat, und was sie bamit erreicht hat, lehrt die Entwicklung der folgenden Jahre. Es betrug die

| Bahl der | Merte | geförberte | n Doppelzentner | | Berte | geförberter | Doppelzentner |
|----------|-------|------------|-----------------|--------|-------|-------------|---------------|
| 1908 | 53 | | Millionen | 1912 . | . 94 | 110,7 | Millionen |
| 1909 | 68 | 69,0 | | 1913 . | . 125 | 116,0 | |
| 1010 | 72 | 81,5 | | 1914 . | . 149 | 81,7 | |
| 1911 | 78 | 97,0 | 2-10-28-5 | | | | |

Das gerade Gegenteil des Zweds war erreicht; das Ubel, das man hatte beilen wollen, war in noch stärkerem Make gewachsen.

Und heute? Es ist bemerkenswert, daß nicht einmal während des Krieges die Zahl der Werke abnahm, obgleich doch alle Welt wußte — man lese nur

die kapitalistischen Zeitungen von 1909 —, daß die meisien von ihnen ganz überflüssig waren und nur "Nationalreichtum verschleuderten". Nach dem Friedensschluß aber,* durch den die eljässischen Werke aus Deutschland ausschieden, wuchs die Zahl der Werke trotzem

im Jahre 1920 auf . . . 201 | im Jahre 1922 auf . . . 211

Trot aller bosen Erfahrungen, trot aller besseren Erkenntnis wird also auch heute noch die Überkapitalisierung im Kalibergbau unentwegt fortgesett.

Der Arbeiter und die Schutzölle Das Getreidehanbelsmonopol

::::

Rarl Marchionini, Leipzig

In faft allen größeren Landern befindet fich die Landwirtschaft in einer Arifis. Meist war im Kriege ein Rudgang der Produttion in den Agrargebieten zu berzeichnen. In manchen Landern, insbesondere in Gud- und Nordamerifa war die Produttion mahrend des Krieges erweitert worden. Inzwischen hat fich die Landwirtschaft auch in Europa erholt. Es werden Rahrungsmittel in großen Mengen bergeftellt. Deutschland hat im Sahre 1923 drei Millionen Tonnen Getreide mehr geerniet als im Jahre 1922. Diefer Mehrproduftion gegenüber ift der Berbrauch der arbeitenden Bebolferung gurudgegangen. Er war besonders eingeschränft im Berbft borigen Nahres und im letten Winter, als die Erwerbslofigfeit groß mar. Es ift ruffifches und amerikanisches Getreibe eingeführt worden. 21 das hat die Betreidepreise gedrudt. Gine neue Ernte fommt, und die Borrate find in Deutschland noch groß. Deshalb finten die Getreidepreise weiter. Die Reichsgetreidestelle bersucht ihre Borrate los zu werden. Saben einft ihre Raufe den Breis in die Bobe getrieben, fo bewirfen ihre jetigen Berfaufe ein Ginfen ber Breife. Der Biehmarft fteht in einem ahnlichen Zeichen. Auch hier ift das Angebot groß und die Nachfrage infolge ber elenden Lage der arbeitenden Bebolterung flein. Da Getreibe und Bieh die Sauptartitel der Landwirtschaft find, fo hat fie geringere Ginnahmen zu verzeichnen. Und bas in einer Reit, in der die Industrieprodutte 50, ja 100 Prozent über den Borfriegszeiten fteben. Und bann hat die Landwirtschaft jest auch Steuern zu gablen, fo bag fie ihre Produtte nicht jurudhalten tann, fonbern auf den Martt merfen muß. Die Dinge haben fich also wesentlich geandert. Auch der Berbraucher barf an ben Buftanden in der Landwirtschaft nicht achtlos vorbeigeben. Denn eine leiftungsfähige Landwirtichaft brauchen wir. Werben weniger Nahrungsmittel erzeugt, fo fteigen wieder die Breife, werden zu wenig Rahrungsmittel bergestellt, so trifft das den Berbraucher gang empfindlich. In anderen Landern ift bereits eine Ginichrantung ber Broduftion erfolgt. Gie fann auch in Deutschland einseten, mas natürlich bermieden werden muß.

^{*} Ich entnehme biese gahlen einem Artitel von B. Leistenschneiber — Mitglieb bes für die Kaliwirtschaft eingesehten Schiedsgerichts — im Berliner Börfen Kurier vom 18. Juni, muß jedoch bemerken, daß sie mit den von Liefmann im Sandwörterbuch der Staatswiffenschaften gegebenen nicht übereinstimmen. Liefmann gibt sur 1914 149 Werte an, Leistenschneider 194.

Die Krise in der Landwirtschaft hat nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland, insbesondere in England zur Forderung der Schutzsölle geführt. Und sie hat die Regierungen mancher Länder veranlatt, der Landwirtschaft direst mit Staatsmitteln zu helsen. Es ist die Forderung vertreten worden, Minimalpreise für landwirtschaftliche Produkte sestzuseben. Das ist zum Beispiel in Argentinien, soweit Fleisch in Frage kommt, schon durch

gemihrt worden. Für die Arbeiterklaffe emfteht die Frage, wie fie fich hierzu verhalten foll. Bu bem Problem muß Stellung genommen werden. Und man ift bereits der Frage daburch näher gerudt, daß men empfiehlt, unter Umftanden das Getreidehandelsmonopol einzuführen. Zunächft follen darüber einige Stimmen aus dem Ausland gitiert werden. Sie fommen beibe aus Ofterreich, und gwar bandelt es fich um eine burgerliche und um eine fozialiftische Auffaffung. Beide ftimmen darin überein, daß die Schutzolle gn verwerfen find, weil fie nur dem Groffandwirt Borteile beingen. Ihnen tommt es aber bor allem barauf an, dem fleinen und mittleren Befiger zu helfen und zugleich auch die Antereffen der Ronfumenten zu mahren. Run ift es flar, daß die Lage der Landwirtschaft in Ofterreich noch ungunstiger ift als die Lage ber beutichen Landwirtschaft. Schon bor dem Rriege lief fie ju munichen übrig. Sie mar nicht leiftungsfähig genug, was jum Beifpiel die Beftarertrage bemeifen. Die Latifundien waren zum Zeil noch mangelhafter bewirtschaftet als in Deutschland. Da es dem öfterreichischen Rleinbauer, ber vielfach im Gebirge auf einer wenig ertragreichen Scholle fitt, ichlecht geht und ba ihm Schutzölle nichts helfen, fo ichauen weitblidenbe Manner nach Mitteln aus, Die ihm feine Lage besser gestalten. Da ist zuerst ber österreichische Bundeskangler Dr. Beinifch zu nennen, der in einer Schrift nachweift, wie die fapitaliftifche Wirtschaft, insbesondere das freie Spiel der Rrafte (nach dem in Deutschland bie Agrarier feit Jahren geschrien haben!) der Landwirtschaft schadet. Er will Ordnung in die Wirtschaft hineinbringen, und zu diefem 3wed foll ber Staat eingreifen. Bir haben fürglich bargelegt, wie die Schutzolle ben Bert bes Grund und Bodens fteigern, wie fie die Spefulation mit den Gutern begunftigen und wie fie ben neuen Raufer in eine ichwierige Situation berfeten. Das will Dr. Beinifch berhindern. Er will, daß die Gesetzgebung ein feftes Berhaftnis zwischen ben Breisen ber Produtte, ben Bohnen und dem Grundwert ichafft. Die landwirtschaftlichen Arbeiter follen bezirtsweise Die gleichen Sohne erhalten wie die Industriearbeiter. Die Breife wiederum follen fo festgesett werden, daß die höheren Löhne auch bezahlt werden konnen und daß der Landwirt in der Lage ift, zu produzieren und feine Musgaben zu beden. Bu diesem Zwede foll an Stelle der Schutzolle das Betreide= und Biehmonopol fommen. Um aber eine Steigerung ber Grundrente gu berhindern, foll ber Grundwert figiert merden. Er foll bem Ertragemert gleichgestellt und damit als Berfehrswert feftgelegt werden. Dr. Seinisch will dann mit der Monopolwirtschaft den Gintauf billiger gestalten und den Zwischenhandel möglichst ausschalten.

Das alles sind burgerliche Reformplane. Aber sie find fortschrittlicher Natur, und sie sind ein Schritt auf dem Wege zur Bedarfswirtschaft, deshalb sind sie wohl beachtenswert. Es foll auf die Monopolwirtschaft später noch zurückgekommen werden. Zunächst sollen die anderen Borschläge kurz dar-

gelegt werden. Und ba nennen wir den Genoffen Dr. Bauer in Ofterreich, ber im "Rampf" fur das Betreideeinfuhrmonopol eingetreten ift. Er will haben, daß nur das Reich Getreibe aus dem Auslande einführen foll. Es foll aber auch den einheimischen Landwirten Getreide abfaufen, und zwar zu einem Breife, den das Reich festfest. Gine ftaatliche Rorperichaft foll in- und ausländisches Betreide einfaufen, die nach faufmannischen Grundfaben gu leiten ift. Der Breis, der für das Inlandgetreide festgesest wird, foll nach den Bedürfniffen der einheimischen Landwirtichaft bemeffen werden. Der Ber faufspreis, den das Reich erhebt, foll sich nach den gleichmäßig umgelegten Gelbittoften richten. Auf dieje Beije follen fowohl die Intereffen der Broduzenten und die Intereffen der Berbraucher gewahrt werden. Benn die Beltmarftpreise boch find, foll das Reich das inlandische Betreide gu Preisen eintaufen, die den Ginfuhrpreifen des Auslandgetreides gleich fteben. Gind die Weltmarftpreise niedrig, wurden die Einfaufspreise für das inländische Betreide hoher fein. Das Reich foll bas Betreide an die Ronfumenten und an die Mühlen zu den Celbstfostenpreisen abgeben. Ift das inländische Wetreide teurer eingefauft als bas ausländische, fo foll es beibe Sorten von Getreide zu einem einheitlichen Mischpreise abgeben. Der inländische Produzent foll auf diese Beise geschützt und der Berbraucher nicht unnötig belaftet werden. Dann maren auch die Ronzentrierung des Betreidehandels und die Ausschaltung des unnötigen Zwischenhandels ein Borteil. Die Mühlenindustrie murbe mehr Beschäftigung haben. Die Landwirtschaft hatte bie Rleie. Diese Borteile fielen bei einer Ginfuhr von Mehl fort.

Es ist wohl nicht damit zu rechnen, daß die Blane in nächster Reit berwirklicht werben. Da Schutzölle für die fapitaliftisch-grokagrarischen Schichten bequemer und auch ertragreicher sind, da sie ferner nicht eine Etappe auf dem Bege zur fozialistischen Bedarfewirtschaft find, jo werden die burgerlichen Barteien bas, mas Dr. Bauer und Dr. Seinisch empfehlen, nicht einführen, zumal ein erheblicher Teil der Kloin- und Mittelbauern ebenfalls fcutzöllnerifch eingestellt ift. Und nun ju bem Getreibehandelsmonopol in Deutschland. Im Sandbuch für fogialbemofratische Reichstagsmähler, Des Reichstag 1920 bis 1924, herausgegeben bom Borftand ber Bereinigten Sozialdemofratischen Bartet Deutschlands, wird auf Geite 58 und 59 furs Stellung zu diefer Frage genommen. Es wird auf den Breissturg bes deutschen Getreides im Dezember 1923 hingewiesen. Die Berliner Roggennotierung ware von ihrem am 2. November 1923 erreichten Sochftstand von 10,19 Goldmart für den Zentner auf 6,48 Dd. gurudgegangen. Der Beigen mare in berfelben Zeit bon 10,65 auf 7,8 Dif. geftungt. Geit Anfang Januat hatten die Preise wieder etwas angezogen. Gie batten aber immer noch beträchtlich unter den Weltmarktpreifen zuzuglich der Fracht nach dem Rontinent gestanden, die fich für Roggen um 7,50, für Weigen um 9 Det. für ben Bentner bewegten. Es beigt bann, follten die Weltmarktweise soweit finten, daß durch die Konfurreng des ausländischen Getreides ber für ben Beftand ber deutschen Landwirtschaft unerlägliche Roftenpreis unterboten wurde, bann mußten in der Tat Schummagnahmen ergriffen werden. Geit langer Reit wurde für diefen Kall von der Sozialdemokratie das Getreidehandelsmonobol empfohlen, das einen normalen Abfat fichere und die angemeffene Preis bildung tontrolliere. Dabei fei nicht an eine burofratische Form ber Zwangs

wirtschaft wie im Kriege, sondern an ein genossenschaftliches Shstem gedacht unter Selbstverwaltung der Landwirtschaft, aber mit Beteiligung der übrigen Interessentenkreise, vor allem der Konsumenten. Handelspolitisch würde ein solches Monopol die Stellung des Reiches beträchtlich stärken, weil man nicht mehr um die Höhe des Schutzolltariss zu seilschen drauchte, sondern den Getreide exportierenden Ländern als einheitlicher Käuser gegenüberstünde. Der Landwirtschaft wäre ein ihren Produktionskosten angepakter, vor allen Zufällen der Konjunktur gesicherter Preis gewährleistet. Die Sozialdemokratie verschließe sich keineswegs den Gründen, die sie anter gewissen Umständen zu einem Schutz der heimischen landwirtschaftlichen Produktion zwingen könnten. Sie schlage nur sur diesen Fall eine Form des Schutzes vor, die den Interessen aller Klassen nenn eine objektive Prüfung der landwirtschaftlichen Produktionskosten die Unmöglichkeit erweise, aus eigener Kraft der ausländischen Konkurrenz zu begegnen.

Dieser Schlußsat ist sehr zu beachten. Er schränkt die Empfehlung des Getreidehandelsmonopols ein. Das soll nur kommen, wenn die Birtschaft in Deutschland derart ist, daß ein Monopol unbedingt erforderlich ist. Prüfen wir deshalb im nächsten Artikel, ob zurzeit in Deutschland die wirtschaftliche Lage derart ist, daß die Sozialdemokratie mit der Forderung auf Einführung

bes Getreidehandelsmonopols hervortreten fann.

:::

::::

Die Schwerinduftrie als Feind der Wirtschaft

Seinrich Teuber (Bochum)

"Das Auhrgebiet ist das Herz Deutschlands." So las man es vor einem Jahre in hundertsacher Wiederholung. Ein anscheinend zutreffender Bergleich, wenn man Kohle und Eisen als das Blut der Wirtschaft betrachtet, das vom Ruhrgebiet aus in ihren Körper hineingepumpt wird. Denn von der gesamten Kohlen- und Eisenproduftion Deutschlands entfallen auf den Ruhrbezirf allein etwa 70 Prozent. Allerdings nur in gesunden Tagen. Seit anderthalb Jahren ist das Herz Deutschlands schwerkrank und erfüllt seine Funktionen sehr mangelhaft. Bald schlägt es in wildem Fieder, bald arbeitet es matt oder sett zeitweilig ganz aus. Die lähmenden Krisen wiederholen sich in rascher Folge und bedrohen den deutschen Wirtschaftskörper mit dauerndem Siechtum.

Klar und deutlich offenbart sich hier der Großfapitalismus als eine öffentliche Gesahr. Denm gerade im Ruhrgediet seiert das mit Blut besleckte Kapital seine höchsten Triumphe. Doch das Großsapital und seine Träger sind zulett auch die Urheber der Krisen, die unsere Wirtschaft immer wieder erschüttern. Das Großfapital gibt das freilich nicht zu. Es macht die "Berhältnisse" für alles Unheil verantwortlich — den verlorenen Krieg, die Reparationssast, den Franzoseneinmarsch usw. Als ob es an diesen Dingen unschuldig wäre! In der westdeutschen Küstungsindustrie saßen die ärgsten Kriegstreiber. Ihr Handwerf verstanden sie etwas besser als die Kriegsheter von heute. Während die Völkischen die Wärtte mit ihrem Kriegsgeheul erfüllen, machten es die Herren der früheren Küstungsindustrie geräuschloser.

Sie gingen an die richtige Schmiede, in die Ministerien und die Reichskanzlei, um ihren Kriegswillen mit Erfolg durchzusetzen. Und als es die Rüstungsindustrie "glücklich" soweit hatte, sorgte sie dafür, daß der Krieg recht lunge dauerte. Dazu diente ihr fürmisches Berlangen nach Annexionen. Der bekannte Arnold Rechberg richtete vor etwa zwei Jahren einen "Offenen Brief" an Hugo Stinnes, in welchem er den Häuptling der Ruhrindustriellen an sein und seiner Freunde Treiben in der Kriegszeit erinnerte. Nach Rechberg waren am 14. und 17. Mat 1915 rheinisch-westfälische Industrielle an Bethmann-Hollweg herangetreten mit den "nachdrücklichsten Borstellungen", daß er sich Annexionen nicht widersetzen dürse. Außerdem hat Hugo Stinnes am 19. Juli 1915 eine eigenhändig unterschriebene Denkschrift an das Obertommando der Ostfront (hindenburg) gesandt, die zu Annexionen aufsorderte. Stinnes hatte darin behauptet:

"Seibst ber einsachste Mann ift entruftet, wenn man nur im entfernteften ane beutet, daß etwa Belgien wieder herausgegeben werden fonne."

Das war natürlich unwahr, aber Gewalt und Lüge gehen ja immer hand in hand. Da muß es aber sonderbar berühren, wenn der extreme Gewaltpolitiker Stinnes, der doch nur die nacktesten Profitinteressen der Schwerindustrie versocht, heute hingestellt wird als der uneigennühige Idealist. Das geschah dieser Tage durch den Finanzminister Dr. Luther. Auf der hauptversammlung des Rheinisch-westsälischen Elektrizitätswerks in Essen am 6. Juni führte Luther den Borsig. In seiner Gedächtnisrede auf seinen verstorbenen Aufsichtsratskollegen führte der Minister auß:

"Gedenken möchte ich des Umstandes, daß alle Arbeit von Hugo Stinnes ersolgte im Dienste für unser Baterland und Bolt. Ich weiß, wie unendlich verbunden gewesen ist sein ganges Fühlen und Denken mit dem Industriebezirk, für dessen Bevölkerung er alle seine Arbeit einsehte."

Wir wollen uns über den nekrologischen Unsinn des früheren Bürgermeisters von Essen nicht aufregen. Er ist ja nur der Thp des deutschen Bürgertums und seiner Heldenwerehrung. Die Annezionshehe der Stinnes und Genossen verlängerte den Krieg um Jahre, nühren die gute Konjunktur und vervielsachten ihre Bermögen, während die Masse des Bolkes verelendete. Nach dem Frieden von Bersailles legte das Reich die Last der Reparationen nicht den Nuhnießern des Krieges auf, sondern dessen Opfern — der Arbeiterklasse. Und als die steigende Last von dieser nicht mehr getragen werden konnte und nun zu einem Teil dem Kapital auferlegt werden sollte, da sührte der Kapitalismus neue Krisen herbei und brachte die deutsche Wirtschaft in surchtbare Unordnung.

Die größte Wirtschaftsstörung, die das Großkapital in der Nachkriegszeik herborrief, war der Ruhrkrieg von 1923. Die Offentlichkeit glaubte, der "passive Widerstand" und all seine Nebenerscheinungen seien ein Akt spontaner Gegenwehr gegen den Einmarsch der Franzosen. Selbst die Bevölkerung des Ruhrbezirks hat das geglaubt. Dank der vorzüglichen Regie der kapitalistischen Drahtzieher verkannte man die wahren Ursachen der Besetung, wie man auch die gewollten Wirkungen des passiven Widerstandes nicht erkannte. Die westdeutsche Schwerindustrie hatte seit Jahr und Tag auf den Ruhreinmarsch hingearbeitet. Alles war erwogen und vorbereitet, wie man aus den gelegentlichen Außerungen der schwerindustriellen Wortsührer ents

nehmen tonnte. Um nur einige Beispiele ju nennen: Sugo Stinnes auf der Ronfereng in Spa 1920, Freiherr b. Berener im "Getreuen Edart" 1921, ber fpatere Cunominister Beder-Seffen im Mai 1922 im Reichstag. Sie alle stellten die Besetzung bes Ruhrgebiets als das fleinere Ubel bin, das man herbeiwünschen burfe. Mis der erwartete Frangofeneinmarich bann eintrat - beffen lettes Sindernis, die Regierung Birth, borber befeitigt wurde -, da flappte alles wie am Schnürchen. Sogar perfonliche Zwischenfalle, wie die Berurteilung einiger Ruhrmagnaten, liegen fich gur Infzenierung bes Spettatelftudes trefflich verwenden; ber Daffe blieb bamit die Musion bewahrt, daß der Ruhrfrieg eine "gemeinsame Sache aller Rlaffen und Barteien" fei.

Das Ruhrabenteuer hat bem beutichen Bolle furchtbare Opfer geloftet und die Wirtschaft fchwer geschädigt. Wie boch fich die Gesamtverlufte belaufen, werden wir wohl nie erfahren. Die einzige Stelle, Die fich alle Unterlagen beschaffen tann, ift die Reichsregierung; die aber schweigt sich voll-Sommen aus. Da ift man bei Berechnung der Ruhrfriegstoften denn angewiesen auf das mangelhafte Material aus privaten Quellen. Singu tommt bann noch die Produttionspatistif der Industrie sowie die Frachtziffern bon Gifenbahn und Schiffahrt. Das robe, unvollständige Bild ber Roften bes

Ruhrabenteuers würde etwa folgende Umriffe zeigen:

1. Brobuftioneauefall:

| 56,8 | vau. | Lonnen | Steinkohle | im | Werte | von | | | | 1193,8 | Mil. | G Dr. |
|-------|----------|---------|---------------|----|-------|-------|---|-----|--|--------|------|----------|
| 18,7 | | | Braunfohle | | | | | | | | | |
| 4,8 | # | | Robeifen | | | | | | | | | 79 . 140 |
| Salb= | und | Fertigp | roduste aller | Mr | t im | Werte | v | nio | | 7550,0 | | |
| | THE SALE | ** | | | | | | | | | | |

| K | seriajtedene Posten: | | | | H MINDS |
|---|---|------|---------|------|----------|
| | Frachteinbuße von Gifenbahn und Schiffahrt | | 485,0 | Mia. | G.=M. |
| | Berlufte an Reichstrediten (entwertete Rucfahlunger | 1) . | 1880,0 | | |
| | Bergütungen an die Ruhrinduftrie | | 1500,0 | | |
| | Unproduttive Löhne und Gehalter | | 2500,0 | | |
| | Propaganda, Berwaltung 2c | | 1250,0 | | 05.00 |
| | | | 17589.5 | | (B. 202. |

Durch die Inflation wurde das Bolt um diese gewaltige Summe geforopft. Bahrend die Arbeiter und Rleinburger unter dem tückischen Aberlag ftohnten, heimfte die Ochwerindustrie an der Ruhr unerhörte Bewinne ein. Mit Gilfe ber Reichstredite und eigenen Industriegeldes vermehrten die Rohlen- und Gifenfonige ihre Sachguter mehr als in ben fetteften Jahren borber. Miesenhafte Werksbauten und prunfende Banfpalaste murden er-

richtet, indes die breite Maffe fich in hungerframpfen wand. Den tapitaliftifchen Bampiren hatte ber Spaß fo gut gefallen, bag fie im Frühjahr 1924 eine neue Wirtschaftsfrise an den Haaren herbeizogen. Ihr Sauptzwed war diesmal die völlige Wiederherstellung des Betriebsabsolutismus, wie er bor dem Rriege bestanden hatte. Die Arbeiter und ihre Bewertschaften follten niedergeworfen und die alte Arbeitszeit wieder eingeführt werben. Die Borgeschichte der letten Unternehmeroffenfibe im Ruhrbegirt ift befannt. Gie fette ein unmittelbar nach Beendigung des paffiben Biderftandes. Borerst wandte die Schwerindustrie die Ermattungsstrategie an. Als diese die Arbeiter genügend geschwächt zu haben schien, griffen die Unternehmer zur Niederwerfungsftrategie. Der Anfang follte im Bergbau gemacht werden; war er bier geglückt, dann famen die Metallarbeiter an die Reihe.

Der fluge Plan ist gescheitert. Trot vierwöchiger Aussperrung ließen sich bie Vergarbeiter nicht unterkriegen. Der von den Bergwerksbesitzern sür den 1. Mai gefündigte Tarif bleibt bis 30. Juni 1925 bestehen unter gleichzeitiger heraussehung der Löhne um 20 Prozent. Auf teinem einzigen Gebiet konnten die Werksbesitzer den Arbeitern ihren Willen aufzwingen. Der einzige Erfolg des Zechenkapitals ist die Auslösung einer Wirtschaftsfriss von riesigem Ausmaß, unter der die ganze Bevölkerung noch lange zu leiden haben wird. Nach dem vorsährigen Ruhrkriege hatte sich das gewerbliche geben langsam wieder erholt. Die Kohlensörderung steigerte sich seit Jahresbeginn längsam aber steitg. Es wurde im Ruhrrevier pro Arbeitstag gesordert (in Tonnen):

| Zonnen). | | 5 | ob | lonfürberung | Aufderzeugung | | |
|-----------|------|---|----|--------------|---------------|---------|-------|
| Januar | 1924 | | | | | 287 980 | 88898 |
| Februar . | 1924 | | | | | 282 030 | 44778 |
| Dlärs | 1924 | | | | | 808924 | 52894 |
| April | 1924 | | | | | 829327 | 57779 |
| 3m Jahre | 1918 | | 1 | | 7. | 369748 | 62718 |

Die Kohlen- und Kofsproduktion näherte sich also mit raschen Schrikten der höhe des letten Friedensjahres und hätte sie ohne die Bergarbeiteraussperrung vom 6. Mai wahrscheinlich im Juni erreicht. Der Gewaltstreich der schwerindustriellen Wirtschaftsseinde brachte einen Rückschlag, den die deutsche Wirtschaft noch lange verspüren wird. Es betrug zum Beispiel die

| | | I Car | | | | 5 | toh | lenförderung Lonnen | Rolderzengung |
|-----------|----|-------|-----|----|---|----|-----|------------------------|---------------|
| am 7. Mai | | | | | | | | 28198 | 16236 |
| . 10. Mai | | | | 10 | | | | 6065 | 11976 |
| = 14. Mai | | | | | | | | 8908 | 9519 |
| im gangen | Mi | na | t p | ro | T | ag | | 46604 | 16605 |

Der Zechenverband schätzte in einer veröffentlichten Darstellung ben Förderaussall auf 7 194 000 Tonnen im Werte von 149 850 000 Mt., den Lohnaussall der Arbeiter auf 58 820 000 Mt. Welche Schäden dem Bergbaudurch die Aussperrung sonst noch einstanden sind, läßt sich gar nicht berechnen. In den vier Wochen des Stilliegens sind viele Grubenbaue zusammen.

gebrochen, tiefe Gohlen erfoffen, Rofsofen ruiniert.

Fast ebenso groß sind die Berluste, die anderen Gewerben aus dem Bergebaukonslist erwuchsen. Die chemische Industrie mußte wochenlang jenet Rohltosse entbehren, die von den Rokereien aus der Kohle gezogen werden: Teer, Ammoniumjulfat, Naphthalin. Die Schlischert auf dem Dortmunds Ems-Kanal, auf dem Khein-Herne-Kanal, auf dem Rhein und dem Main lag großenteils still wegen Frachtmangel. Ziegeleien, Kalkwerke und derzgleichen Betriebe seierten wegen Kohlenmangel. Selbst Bater Staat erlitt durch die Brutalität seiner Lieblinge eine Einbuße an Einnahmen in Form entgangener Steuern und Eisenbahnfrachten.

Am schwersten aber hat die hüttenindustrie unter dem Kohlen- und Kolsmangel gelitten. Nach einer Beröffentlichung vom 23. Mai waren an diesem Tage stillgelegt: 22 Hochösen, 84 Martinösen und 17 Konverter. Die Endzahlen am Ende des Maimonats waren sicherlich höher, ungerechnet der

Hüttenwerke, die außerhalb des Ruhrgebiets durch die Unterbindung der Kohlenzusuhr zu Betriebseinschränfung gezwungen wurden. Wie weitsgreisend die Krise auf das Wetallgewerbe einwirkte, ergibt eine Rotiz aus Hamborn. Sie besagt:

"Eine der schwerwiegendsten Auswirfungen des Bergarbeiterkampses war die Stillegung der Hamborner Thyssenwerke. 9000 Hüttenarbeiter mußten vom 23. Mai bis 10. Juni seiern. Das ergibt einen Aussall von 135 000 Arbeitsschichten, für die Arbeiter einen Lohnverlust von 799 250 Mt."

Da hat also der Zechenbesitzer Thyssen mit seiner Bergarbeiteraussperrung bem Hüttenbesitzer Thyssen einen bösen Streich gespielt. Das ist aber nicht der einzige Fall — die Bergwerfe und Hütten des Ruhrbezirks gehören sast alle ein und denselben Leuten. Eine Handvoll Kapitalisten beherrscht die Industrie Rheinland-Westfalens und damit die Bevölkerung. Und aus seder Krise gehen diese Volksschädlinge anscheinend reicher und mächtiger hervor. Den zissernmäßigen Schaden wissen sie auszugleichen durch den Zuwachs an Einfluß, den ihnen sede Krise bringt. Der Maikonslift im Bergdau scheint gleichfalls die Monopolstellung der größen Wontankönige sestigen zu sollen. Es verlautet nämlich, daß die kleinen Kandzechen "Alte Haase", "Johannessiegen", "Barmen", "Kleine Windmühle" und "Herkules" ihre Betriebe in Kürze schließen wollen, weil sie die Folgen der Kuhrkrise nicht zu tragen vermögen. Das würde der Größindustrie wieder ein paar lästige Konturrenten vom Halse schaffen und ihre Bewegungsfreiheit erhöhen.

Mit Riesenschritten ruden wir im Westen dem Zeitpunft entgegen, an dem der Gegensatz zwischen dem Großkapital und der Allgemeinheit die lettere zu Schutzmaßregeln zwingt. Früher waren die Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern nur Zusammenstöße von Individuen, die eine Minderheit im Staate bildeten. Heute sind sast alle Staatsbürger mit in die sozialen Kämpse hineingezogen — teils auf dieser, teils auf der anderen Seite. Die Konsliste wachsen an zu Kämpsen riesiger Bolksmassen, die das Staatswesen erschüttern. Diese Tatsache wird nach der letten Krise im Bergbau von weiten Kreisen der Bevölkerung — bis tief ins Bürgertum — erkannt. Wir sind sicher, daß weitere Konsliste diese Erkenntnis noch bertiesen.

2222

2:::

2222

Was sind Wirtschaftstrisen? Aeltere und neuere Lehrmeinungen

2. Senler, Diederlahnftein

T

Die gewaltige Krise, die wir gegenwärtig durchleben, fordert nicht nur von jedem Bolkswirt, sondern auch von jedem denkenden Arbeiter ein klares Erkennen ihrer Ursachen und ebenso klare Stellungnahme gegen dieselben, damit allmählich in der menschlichen Gesellschaft der Wahn verschwindet, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise mit ihrem Ausschwung und Niedergang der Geschäftslagen jeder anderen Wirtschaftsweise vorzuziehen sei. Diese Ab-

handlung foll dem Leser über das wichtige Thema Marheit verschaffen; selbstverständlich mit derjenigen Beschränkung, die der Raum gebietet.

Bunachft: Was ift eine Wirtschaftsfrife?

Der bekannte Krisenforscher Arthur Spiethoff beantwortet die Frage im Sandwörterbuch der Staatswissenschaften etwa so: Feder wirtschaftliche Ausschwung bringt naturgemäß eine Übererzeugung und eine Überspekulation mit sich. Diesem Ausschwung solgt ebenso natürlich eine Stockung. Und die Krise ist dann jene "Spanne Zeit, in der sich unter plötzlichen hestigen Erscheinungen die Umwandlung des krankhaften wirtschaftlichen Zustandes entscheidet." Man sieht also, daß dieser Krisenzustand demzenigen eines kranken Wenschen sehr ähnlich ist, da hier wie dort der krankhafte Zustand seine Entscheidung sindet in der Krise. Entweder tritt eine Wendung zum Bessern ein oder der Körper geht zugrunde.

Die Bolfswirtschaftslehre unterscheidet nun eine gange Reihe bon Rrifens Areditfrijen, Spekulationsfrijen, Borfenfrijen, Grundungsfrijen, Rapital frijen, Sandelsfrijen u. a. m. Much muß man unterscheiden zwischen einer allgemeinen Wirtschaftsfrise ober einer auf einen oder mehrere bestimmte Bewerbezweige beichranften Rrife. Und endlich noch zwischen einer auf ein einziges Land beschränften und einer die gange Belt erschütternden Rrife, wie fie zum Beispiel im Jahre 1857 nach einem Jahrzehnt ungeheuren Aufschwungs in England und Amerika ausbrach und fast alle Länder ergriff, und wie wir fie besonders heute erleben. Schlieflich fei bier noch als Grundtatfache festgestellt, daß die periodisch wiederkehrenden Rrijen erft feit Beginn bes fapitaliftischen Zeitalters beobachtet werden, also feit dem Beginn bes 19. Sahrhunderts. Ebenso ist statistisch einwandfrei festgestellt, daß die Länge der Perioden zwischen Aufschwung und Niedergang in der ersten Sälfte des 19. Jahrhunderts 10 bis 11 Jahre betrug und in der zweiten Salfte fich berfürzte auf 7 bis 8 Jahre. Hieraus ergibt sich, daß, je rascher die technische und organisatorische Entwicklung vor sich geht, desto rascher auch die Perioden wechseln. Und, was nicht zuviel gesagt sein durfte, die Rrisen nehmen auch an heftigfeit immer gu.

Schon im Laufe des 18., noch mehr aber im 19. Jahrhundert beschäftigken sich die bedeutendsten Gelehrten und Schriftsteller mit dem Krisenproblem. Eine ganze Reihe von Lehrmeinungen sind entstanden, von denen die wichtigsten hier dargestellt werden sollen. Einer der ersten und zugleich bedeutendsten Nationalökonomen, der Engländer Nobert Malthus, stellt in seiner 1820 erschienenen Schrift "Prinzipien der politischen Ikonomie" die Lehre auf, daß die Handelskrisen in der Hauptsache eine Folge der Aberserzeugung seien. Dies geht aus solgenden Sähen seines Werkes hervor:

"Jedes Tauschgeschäft bewirkt eine dem Bedürfnissen der Gesellschaft besser ente sprechende Berteilung des Erzeugnisses, und indem beide Teite dabei gewinnen, erhöht es die gesamte Wertmenge. Bon diesem Zuwachs erhalten die Kausseute einen Anteil als Lohn ihres Geschäftes. Das bloße Bertauschen einer Sache für eine andere wäre für die Rachstage ganz gleichgültig, wenn nicht die erhaltene Sache dem Werte nach die auf die hingegebene angewendete Arbeit soweit überstiege, daß die Kapitalisten angemessene Gewinne erhietten und sowohl fähig als geneigt würden, neue Arbeit in demselben Handelszweige zu beschäftigen. Ob sich das ganze Erzeugnis gut verteilt oder nicht, läßt sich nur daraus erkennen, ob sein Betrag in Geldpreisen so groß ist als vorher oder

nicht. Im letten Falle entsteht ein Abhaltgrund von der hervorbringung. So geschah es, his vom herbst 1815 bis 1816 in England Getreide usw. in Fülle war, aber die Bodenserzeugnisse um ein Drittel im Preise sielen. Die Landwirte konnten weniger ausgeben, die Gewerksleute empfanden es und gerieten in dieselbe Lage, und viele Menschen kamen außer Beschäftigung."

Und an einer anderen Stelle fagt er:

"Benn burch allgemeine Sparsankeit ein größerer Teil bes Einsommens eines Bolkes als gewöhnlich auf die Unterhaltung hervordringender Arbeit gewendet wird, so kann, da die bloke Berzohrung der neu hinzukommenden Arbeiter nicht hinreichend ist, wenn die Reichen ihren Berdrauch einschränken, um mehr zurüczulegen, die Menge der hervorgebrachten Güter so vermehrt werden, daß die Preise unter die Kosten der Hervordringung sinken und sowohl die Möglichkeit als die Neigung zu sparen aushört. Wehrere Schriststeller (gemeint sind San, Mill und Ricardo. D. Berf.) leugnen darum die Röglichkeit einer solchen überfülle (glut) aller Waren, weil die Waren nur gegenzeinander vertauscht werden, solglich die eine Hälfte derselben immer einen Markt sür die andere darbietet; überfülle der einen Bare beweise nur einen Mangel irgend einer anderen. Allein die meisten Waren werden gegen Arbeit, werdende und nichtwerbende, vertauscht, und es können daher sämtliche Waren wegen ihrer Menge im Vergleich zur Arbeit im Preise sallen, so daß die Gewinne der Unternehmer aus nichts herabsinken und der Antried zu sernerer Hervordringung einige Zeit ganz ersticht wird. Dies ist es, mas wir hier unter einer allgemeinen überfülle verstehen."

Robert Malthus war aber auch berjenige Stonom, der in seiner "Bevölkerungslehre" behauptete, daß die Wirtschaftskrijen regulierend, also
wohltätig eingreisen in die Vermehrung der Bevölkerung. Nach dieser Lehre
vermehrt sich die Bevölkerung in geometrischer Progression, also wie 1, 2, 4,
8, 16, 32, 64 usw., während die Produktion der Lebensmittel und Bedarssartikel sich nur in arithmetischem Verhältnis vermehrt, also wie 1, 2, 3, 4, 5,
6, 7, 8 usw. Es sei jedoch Vorsorge zu tressen, daß die so zu erwartende Abervölkerung nicht eintrete, wozu er die "weise Beschränkung" in der Zeugung
ampsiehlt. Er weist aber auch auf die sonstigen Hemmungen hin: verheerende Krankheiten, Kriege, Hungersnot und vor allem auf die Wirtschaftskrisen,
die eine Verarmung der arbeitenden Klassen mit sich bringen, die wiederum
einen Rückgang der Eheschließungen und damit der Geburten, eine Erhöhung
der Sterblichkeitszissern usw. verursachen. So erfuhren die furchtbaren
Pandelskrisen seinerzeit in England noch eine Rechtsertigung und Entschuldigung durch diesen Gelehrten.

Ahnlich wie Malthus betonte auch S. D. Sismondi im Jahre 1819, daß bie Krisen zurückzuführen seien auf eine übermäßige Produktion. Trotz seiner scharfen Kritik an der individualistischen Wirtschaftsversassung, die den Arsbeitern soviel Schaden bringt, macht er aber keine positiven Borschläge, sondern er mahnt nur die Regierungen, sie möchten darauf achten, daß der Begensatzwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern nicht zu groß wird.

Auch Robert Owen, der große englische Utopist, war ein Anhänger der Abererzeugungslehre, die er auf den technischen Fortschritt zurücksührt, ähnslich wie heute Werner Sombart. Owen sagt: "Die Folge der Entwicklung der Maschinen war die Entwertung der Handarbeit; der Arbeitsmangel, unter dem gegenwärtig (1818) die arbeitenden Klassen seiden, hat zur Ursache den Aberfluß von Produkten, die keinen Absat sinden."

Die Entwicklung des gewerblichen Fortbildungs= schulwesens in Württemberg*

Gemerbeschuldireftor Cautter, Stuttgart

In Bürttemberg bestanden schon feit langer Beit Conntagsichulen, beren Unterricht fich hauptfächlich auf Religion und Sittenlehre, fpater auch auf Lejen, Schreiben und die Anfertigung von Auffaten erftredte. Ihre erften Anfänge geben auf die große Kirchenverordnung von 1559 jurud. 3m Jahre 1739 wurden für dieje Schulen gefetliche Borichriften erlaffen. Dieje bestimmen, daß alle jungen Leute bis zu ihrer Berheiratung aus allgemein fulturellen und moralifchen Grunden die Conntagsichule befuchen muffen.

Mus ihnen heraus entwideln fich im erften Biertel des 19. Jahrhunderts die unferer Betrachtung jugrunde liegenden gewerblichen Fortbildungsichulen. In einer öffentlichen Urfunde bom 13. Januar 1818 wird gum erftenmal die Ginführung eines Unterrichts für junge Bewerbetreibende erwahnt. Der Zwed Diefes Schriftstuds mar, Die Offentlichkeit barauf bingulenfen, daß unbedingt etwas zu geschehen habe, damit für die gewerbe liche Beiterbildung der heranwachsenden Jugend beffer geforgt werbe. Als Unterrichtszeit waren die Conn- und Feiertage gedacht. Der fonigliche Studienrat, dem die Brufung der Gingabe oblag, feste fich zunächft mit ben Rirchenbehörden beiber Ronfessionen ins Benehmen, Damit von Diefer Geite dem Unternehmen feine Schwierigkeiten begegnen follten. Die beiden Rirchenbehörden gaben ihre Zustimmung unter ber Bedingung, daß teine Rollfion mit dem Gottesdienft eintreten wurde.

Diejenigen, die glauben, das fich nunmehr eine fegensreiche Entwidlung bes gewerblichen Fortbildungsichulwefens entfaltet batte, find leiber im Bretum. Trot aller Unftrengung ber herborragenoften Berfonlichfeiten blieben die Erfolge hinter ben bescheidenften Erwartungen gurud. Die unabläffige Arbeit im fleinen zeitigte jedoch bas Ergebnis, bag fich die Regierungsbehörden in fordernder Beije ber Ungelegenheit annahmen. In Diefer Beit erlieg der tonigliche Studienrat, der Die Oberaufficht über die Fortbildungsichulen führte, ein Rundichreiben an alle größeren Städte bes Landes, in dem er diese zur Errichtung von Sonntagsgewerbeschulen aufforderte. Diefer Erlag mar bon Erfolg begleitet, fo bag im Jahre 1828

bereits 27 folder Schulen beftanben.

Infolge Reblens ber finanziellen Mittel tonnten fich bie einzelnen Unftalten nicht richtig entfalten, und es mar beshalb nötig, daß fich bie Re-

gierung mehr wie bisher um biefe neue Schulgattung annahm.

Die Sauptaufgabe bestand nunmehr darin, eine rege Berbindung mif den Gemeindebehörden anzubahnen, diefe aus ihrer Gleichgultigfeit aufgurutteln und fie für die Ideale ber neuen Bemegung gu begeiftern. Daneben

^{*} In der legten Rummer unferer B.- 8. hat die Genoffin Tony Cenber in ihrem Auffat "Friedensvertrag und Facharbeiter" bie Beranbilbung tuchtiger Facharbeiter und beren Bedeutung für die Bufunft ber beutschen Birtichaft erneut in ben Borbergrund gestellt. Wir geben heute einem anerkannten Schulmann zur Frage gewerblicher Fortbildungsichulen bas Bort. Diefer Auffat geht von den Berhaltniffen in Barttemberg aus, boch beanfpruchen bie fachbienlichen Darlegungen in allen Gebieten bes Reiches ernfte Beachtung. Die Redaftion.

war die Hauptaufmerksamkeit der Ausarbeitung eines Lehrplanes gewidmet, der die vielkach völlig verschiedenen lokalen Berhältnisse so gut wie möglich in sich aufnehmen und in ein gewisses Gleichgewicht mit den allgemein staatlichen bringen mußte.

Im Jahre 1826 wurden die diesbezüglichen Lehrplane ausgegeben, und swar einer für fleinere und einer für größere Schulen. Die Lehrplane selbst

hatten folgenden Wortlaut:

L Für fleinere Schulen:

a) Lefen verschiedener, befonders schlechter Handschriften; b) Rechnen in genannten Zahlen, Brüchen, Proportionen, womit Kenntnis ber Münzsorten, Maße und Gewichte und Anwendung der Dezimalrechnung auf die im Vaterland gewöhnlichen Maße zu verwenden ist;

e) Unweisung gur Berfertigung von Berdienstzetteln und überschlägen;

d) Beichnen geometrischer Figuren und das Allgemeinste über Ausmeffung und Berechnung ber Flächen und Körper;

e) Sandzeichnen, hauptfächlich Umriffe von Laubwert und Sausgeraten.

IL Für größere Schulen:

Das unter a bis e Gefagte und bagu:

f) weitergehende Rechnungen, Proportionen, quadratifche und tubifche Gleichungen;

g) bie michtigften Lehrfage aus der Geometrie:

h) das Rötigfte aus der Mechanit, nämlich vom Sebel, der Rolle der schiefen Flache, bem Rad an der Belle, der Schraube und dem Reil;

i) Geographie, befonders in Beziehung auf Natur- und Runftprodutte:

k) das Wichtigste aus der Naturlehre;

1) allgemeine Technologie; m) architeftonisches Reichnen.

Der Hauptunterrichtsgegenstand war das Zeichnen. Der übrige Unterricht sollte vorzüglich die vielen und großen Lücken ausfüllen, welche die Elementarbildung der jugendlichen Handwerker auswies. Der Besuch der Sonntagsgewerbeschule war natürlich auch älteren Gesellen freigestellt, die auf diese Weise in der Lage waren, das Ziel ihres Wanderlebens so einzurichten, daß sie Arbeit in einem solchen Orte suchten, der ihnen eine Weiterbildung in obigem Sinne ermöglichte.

Auf diefer Stufe ber Entwidlung blieb ber Unterricht eine geraume Beit

ftehen.

Mit der Zeit war die Oberleitung des gewerblichen Sonntagsschulwesens in der Lage, ihre Tätigkeit den gemachten Erfahrungen entsprechend einzurichten. Es gelang, den Zeichenunterricht einheitlich zu organisieren und

entiprechend borgebilbete Lehrfräfte heranguziehen.

Trot dieser scheinbaren Berbesserungen waren die Berhältnisse an vielen Schulen wegen Bersagens der Gemeinden auf die Dauer unhaltbar und bedurften dringend einer Anderung. Die Aufsichtsbehörde glaubte am besten dadurch zum Ziele zu gelangen, daß sie sich in aufslärender Weise unter Schilderung der reinen Tatsachen an die Offentlichteit wandte. Gleichzeitig wurde die Anregung zur Gründung von Abendschulen, Bibliothesen, Bortrags-, Lese- und Beschäftigungsabenden gegeben. Ein Schulzwang wurde zunächst verneint und ist in Württemberg erst von 1909 ab zur Einführung gelangt.

Die angestrebte Ausdehnung des Unterrichts auf die Werktagabende bes
gegnete seitens der Lehrmeister ungeheuren Schwierigkeiten und mußte bon
der Behörde schrittweise erfampft werden.

Im Jahre 1850 fand die erfte öffentliche Ausstellung bon Beichen und

Modellierarbeiten statt.

Inzwischen hatten die dem Staat zur Verfügung stehenden Mittel eine bescheidene Erhöhung ersahren. Die Regierung wandte sie in vorteilhafter Weise an, indem sie in erster Linie der Ausbildung der Lehrkräfte eine größere Sorgsalt widmete. Die tüchtigsten Lehrer wurden der Reihe nach zu sechsmonatlichen Zeichenkursen an der Polytechnischen Schule einberusen. Auch war es möglich, die Staatszuschüsse an die einzelnen Anstalten zu erhöhen, wodurch die Möglichseit eintrat, diese in jeder Hinsicht zweckmäßiger auszustatten.

Der Staat hielt es für eine unerlägliche Pflicht, der Beschaffung der

Lehrmittel seine volle und gange Aufmerksamkeit zu schenken.

Einen gewaltigen Fortschritt bildete die Errichtung der Königk. Zentralftelle für Sewerbe und Sandel im Jahre 1848. Ihr standen jährlich 5000 Gulden zur Verfügung unter der Verpflichtung, der Entwicklung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens Vorschub zu leisten. Diese Mahnahme der Regierung kann man als diezenige bezeichnen, welche den Aufschwung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens in Württemberg einleitete.

Wie sehr ausschlaggebend das bestimmte Auftreten von bedeutenden Berfönlichseiten auf die Gestaltung dieses Schulwesens war, können wir auch in Württemberg beobachten. Hier ist es Ferdinand v. Steinbeis, dessen Name mit der Entwicklung des gewerblichen Unterrichtswesens eng verbunden ist. Die volle Würdigung der Berdienste dieses uneigennützigen Mannes würde zu weit führen. Es genügt vielleicht, zu erwähnen, daß er die Triebseder für alle Berordnungen und Gesetze war, die während einer langen Zeit auf dem Gebiete des Gewerbes und der Industrie erlassen worden sind. Die ganze Entwicklung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens ist sast schließlich das Werf dieses hochbegabten Mannes.

Die Bentralftelle hat von Anfang an die Bedeutung des gewerblichen Unterrichts vollauf gewürdigt. Sie stellte die berufliche Ausgestaltung des-

felben an die Spite ihrer Anschauungen.

Ein diesem Sesichtspunkt entsprechendes Programm war allerdings vorläufig nur zum geringsten Teil durchführbar, da die Ansorderungen weit über den Rahmen des Sonntagsunterrichts hinausgingen. Dennoch stellte sie im Jahre 1852 einem solchen Lehrplan auf, der solgende Unterrichtsfächer auswies: Gewerbliches Zeichnen, gewerbliche Chemie, gewerbliche Mechanik, volkswirtschaftliche Grundlehren, gewerbliche Betriebslehre, gemeinsassliche Buchführung, kaufmännisches und gewerbliches Rechnen, Gewerbe- und Handelskorrespondenz.

Einen nicht geringen Ubelstand rief das Nebeneinanderbestehem des Studienrats und der Königl. Zentralstelle hervor, da sie verschiedenen Ministerien unterstanden, sich aber in ihren Tätigkeitsgebieten berührten. Möglichst rasche Abhilse war dringend nötig. Die Angelegenheit wurde in der Weise geregelt, daß im Jahre 1853 eine unter dem Ministerium des Kirchen- und Schulwesens stehende, aus Mitgliedern der Zentralstelle und

des Oberstudienrats gebildete Kommission geschaffen wurde mit der Bezeichnung: "Königl. Kommission für das gewerbliche Unterrichtswesen." Diese Kommission hatte nunmehr die Aufsicht und Leitung des gesamten gewerbsichen Unterrichts. Den Borsitz in der Kommission führte der Direktor der Zentralstelle v. Steinbeis. Schon am Ende des Gründungsjahres der Kgl. Kommission tritt diese mit einem Entwurf über die Organisation des Unter-

Fin den drei solgenden Jahrzehnten erfährt der gewerbliche Fortbildungsanterricht in Württemberg eine solche Förderung und einen derartigen Ausbau, daß er keinen Bergleich mit anderen Ländern zu scheuen braucht. Der Entwurf läßt mit einem Male deutlich den Weg erblichen, den die nächste Entwicklung einzuschlagen im Begriffe stand. Er blieb tatjächlich sein totet Buchstade, sondern erlangte bald eine Bedeutung, die ihm alle Ehre machte. Die immer noch notwendige Rücksichtnahme auf die große Verschiedemheit der elementaren Bordildung der einzelnen Schüler, die trotz aller Freiwisligsseit des Unterrichts geboten war, zeigte sich in der Anordnung von Kursen mit mehr oder weniger geschraubtem Lehrplan. Es wurde allmählich auch stets mehr Gewicht auf die Heranziehung der Morgen- und Abendstunden gelegt.

Eine wesentliche Neuerung in dieser Zeit war die Einführung des Schulgeldes, das sich im allgemeinen in den üblichen Grenzen bewegte. Eine weitere Bestimmung den großer Bedeutung ging dahin, daß sämtliche gewerblichen Fortbildungsschulen Gemeindeanstalten sein sollten. Im Zusammenhang damit war vorgeschrieben, daß die Ortsschulbehörde die unmittelbare Aussicht und Leitung der Anstalten übernehmen mußte. Diese Aussicht bedingte die Schassung der örtlichen Gewerbeschulräte. Der Auswand sur die Schulen war zunächst von den Gemeinden aufzubringen. Soweit die Rosten auf diesem Wege nicht ausgebracht werden konnten, war den Gemeinden ein anspemessen Taatszuschuß in Aussicht gestellt. Die neuen Bestimmungen zanden im ganzen Lande großen Anklang und bezweckten den allmählichen Ausbander Sonntagsgewerbeschlichen zu eigentlichen gewerblichen Fortbildungsschulen.

In den in der Regel vorhandenen zwei Jahresfursen wurde der allgemeine Unterricht gewöhnlich in den fünf dis sechs Wintermonaten gepilegt, während der Zeichenunterricht das ganze Jahr hindurch erteilt wurde. Als Lehrer famen in den theoretischen Fächern Bolksschullehrer und höhere Lehrer, im Fachzeichnen womöglich Fachleute aus der Praxis, und zwar in überwiegend nebenantlicher Stellung in Betracht. Nur einige größere Städte waren in der Lage, hauptamtliche Zeichenlehrer sich zu verpflichten. Auf diesen Grundlagen und in diesen Bahnen entwickelte sich im wesentlichen

das gewerbliche Foribildungsschulwesen bis in die 90er Jahre.

Die Schulen selbst hatten endlich diesenige Organisation gefunden, welche sie befähigte, in einen ausstrebenden und friedlichen Wettsampf miteinander einzutreren, dem in den regelmäßig wiederkehrenden Ausstrellungen bestondern Ausdruck verliehen wurde. Auch in den Reihen der Handwerker und Gewerdetrelbenden, wie überhaupt in der breiten Masse des Bolkes war ein Umschwung der Ansichten zugunsten des gewerblichen Unterrichts eingetreten. Nunmahr waren die meisten ehemaligen Gegner desselben von seiner Rotwendszeht überzeugt. Dies kam auch dadurch zum Ausdruck, daß teut aus diesen Areisen Anregungen zur Errichtung von Schulen kamen.

Die Schwierigfeiten, die dann in ben 90er Sahren bem gewerblichen Mittelftand im Bettbewerb mit den großen induftriellen und faufmännischen Unternehmungen erwuchsen, forderten bon den Gewerbetreibenden ein wachsendes Dag nicht nur bon technischem Können und entsprechendem theoretischem Wiffen, fondern auch von wirtschaftlichem überblid und tauf. mannischer Berechnung. Daneben fab fich die einheimische Industrie bei der geographischen Lage des Landes und bem Fehlen bon Roble und großen Bafferlaufen wie bon Robstoffen für bie Daffenfabritation barauf angewiesen, die Ungunft der natürlichen Berhaltniffe vorwiegend durch Qualitätsleiftungen auszugleichen, die ihrerseits wieder besonders qualifizierte Arbeiter voraussetten. Bon verschiedenen Seiten ber machte sich demgemäß das Bedürfnis einer instematifchen Schulung des gewerblichen Rachwuchfes immer dringender fühlbar. Die Lojung diefer Aufgabe fiel aber um jo mehr der öffentlichen Fürforge gu, je häufiger die Arbeitgeber felbit, fei es infolge ber Ausdehnung oder Spezialifierung ihrer Betriebe, fei es aus perfonlichen Brunden, den Lehrlingen nur eine einseitige oder ludenhafte Ausbildung angedeihen laffen fonnten und je mehr anderfeits der Staat burch eine Reihe bon Magnahmen, besonders durch Ginführung der gesetlichen Grundlagen für die Befellen- und Meifterprüfungen, auf Erhöhung der Ansprüche an Biffen und Können der jungen Sandwerfer hinarbeitete. Damit ergab fich die Notwendigkeit, die gewerbliche Fortbildungsschule zu einer nicht nur allgemein, sondern auch möglichst intensiv wirksamen Einrichtung auszugestalten und fie zu diefem Zwed als Berufsichule mit Pflichtbefuch zu organifieren und unter bessere Bedingungen zu stellen. Zwar hatten die württembergischen gewerblichen Fortbildungsschulen schon bisher insofern einen beruflichen Charafter getragen, als die Auswahl ber grundlegenden Fächer und der in diesen behandelten Stoffe durch die allgemeinen Intereffen des gewerblichen Lebens bestimmt war und als namentlich im Fachzeichnen und mit der da und dort durchgeführten Trennung von faufmännischen und gewerblichen Abteilungen auch auf einzelne Berufe eingehender Rudficht genommen wurde. Allein eine planmagige Ronzentration bes gefanten, auch des theoretischen Unterrichts auf die gewerbliche Pragis und den speziellen Beruf der Schüler und in Verfolg dabon die möglichst ausgedehnte Gliedes rung der Rlaffen nach einzelnen Berufen oder Berufsgruppen war nicht borhanden, während gerade diese enge, schon durch die Rucksicht auf die verfügbare Zeit gebotene Berichmelzung bes gangen Unterrichts mit ben Beruftinteressen und Berufsbedürfnissen, wie auswärtige Erfahrungen zeigten, eine erhöhte Unteilnahme von Schülern und Arbeitgebern und eine Steigerung des prattifchen Konnens verhief. Gin wirffamer Aufbau ber Schulen gu folchen Berufsschulen sette aber die Anstellung besonders vorgebildeter, in genauer Ruhlung mit den gewerblichen Betrieben ftebender Lehrer fowie die Bermehrung nicht nur ber Jahreskurse, sondern auch der Jahresstunden und diese wieder bem schon an fich dringend erwünschten gangjährigen Unterricht in den Tages- ftatt in den Abendfunden voraus. Dieje gefamte, innerlich zusammenhängende Reform ließ sich bei dem Eingriff, der mit dem Ubergang zum gangjährigen Tagesunterricht bei gleichzeitiger Bermehrung ber Unterrichtsbauer in die Arbeitszeit und die ganze bisherige Gewohnheit gemacht werden mußte, mit der freiwilligen Schule nicht verwirklichen. Schon

die Ausdehnung der Jahresstunden in den wissenschaftlichen Fächern von 80 auf mindestens 100 und der Schluß der Schulen spätestens 9 Uhr abends konnte in den setzen Jahren nur unter erheblichen Schwierigkeiten durch-

geführt werden.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte kam dann für Wärttemberg bas Geset betr. die Gewerbe- und Handelsschulen vom 22. Juni 1906 zustande. Dieses neue Geset bildete für Württemberg eine völlige Umwälzung auf dem Gebiete des gewerblichen Fortbildungsschulwesens. Seine Echpfeiler sind: 1. die Einführung des gesetzlichen Schulzwanges, 2. der Tagesunterricht und 8. die Schaffung eines für die besonderen Bedürfnisse der Gewerbeschule nötigen Lehrerstandes, nämlich der Gewerbelehrer.

Der Pflichtunterricht der Gewerbeschulen nach dem neuen Geset gliedert

sich in folgende Lehrfächer:

1. Berufofunde. Dazu gehören gewerbliches Nechnen, angewandte Geometrie, Materialienkunde einschließlich der notwendigen Wissensstoffe aus der Naturlehre, Brojektionslehre, Freihandzeichnen, technischer Fachunterricht: Fachzeichnen, Modellieren.

2. Gefchäftstunde. Diese umfast Geschäftsrechnen und Roftenberechnen, Geschäftsauffat, Buch- und Rechnungsführung, Wirtichaftslehre, Gesebes- und Burgerfunde.

Des weiteren beträgt die gesetlich vorgeschriebene Mindestunterrichtszeit Totunden wöchentlich.

Das Gefet felbst konnte erft ab Frühjahr 1909 in Kraft treten, weil zu-

erft die nötigen Lehrfräfte gewonnen und ausgebildet werden mußten.

Im besonderen läßt sich das Gesetz durch folgende Tatsachen in großen Bugen darftellen: Der Zwang zur Errichtung gewerblicher Bflichtschulen befteht für alle jene Bemeinden, in denen mahrend breier aufeinanderfolgender Sahre in gewerblichen und faufmannischen Betrieben durchschnittlich mindeftens 40 schulpflichtige mannliche Arbeiter unter 18 Jahren beschäftigt find, und grar erlifcht die Pflicht erft bann, wenn innerhalb eines folden Beitraumes die Bahl derfelben im Durchichnitt unter 30 gefunten ift. Die bielfachen Sinderniffe, die gar mancheroris fich gleich von Unfang an einstellten, machten eine langere übergangszeit notwendig. Das Rultministerium fann bementsprechend eine Dispens von den neuen Gesetesbestimmungen auf die Dauer bon höchstens 10 Sahren erteilen. Dem obligatorischen Schulbesuch unterliegen alle in gewerblichen und faufmännischen Betrieben beschäftigten mannlichen Arbeiter unter 18 Nahren auf die Dauer von drei Jahren oder, sofern eine Gemeinde innerhalb diefer Altersgrenze unter Zustimmung der Dberichulbehörde einen vierten Jahrestlaffenunterricht einrichtet, auch auf die Dauer dieses Kurses. Das Verhältnis zwischen Staat und Gemeinde ist in Artifel IX in folgendem Sinne geregelt: Ersterer übernimmt die Balfte bes Abmangels, der sich abgesehen von den Aufwendungen für Schulraume und Inventar ergibt, fofern dieselben wie auch die Bezüge des Bersonals die Genehmigung der Oberschulbehörde erhalten haben. Der gangjährige Unterricht, der in mindeftens drei Jahresfursen zu verteilen ift, muß als Minimum 280 Jahresstunden pro Rlaffe umfaffen. Eine wichtige grundlegende Neuerung enthalten die Bestimmungen des Artifels XI. Rach ihnen foll der Unterricht in den Tagesstunden der Werktage, und zwar bis bochstens 7 Uhr abends ftattfinden. Bur Schaffung einer milbernden übergangszeit ift es mit Benehmigung ber borgesetten Behörde erlaubt, mahrend einer dreijährigen Frift nach Inkraftkreten des Gesethes (1. April 1909) ben Unterricht bis 8 Uhr abends auszudehnen und während eines Zeitraumes von sieben Jahren am Sonniag vormittag einen zweistündigen Zeichenunterricht zu erteilen.

Die Lehrerfrage ersuhr ebenfalls eine eingehende Regelung in der Weise, daß einmal ihre Ausbildung eine zwedenisprechende Gestaltung annahm und im Zusammenhang damit ihre Stellung eine bedeutende Hebung ersuhr, indem nunmehr eine umfangreiche hauptamtliche Anstellung eintrat, welch beide Umstände eine intensive Lehrtätigkeit verburgen.

Die Ausbildung erfolgt nunmehr an der Technischen Hochschule in Stuttgart, und zwar entweder nach der maschinenbautechnischen, hochbautechnischen oder funstgewerblichen Richtung. Die Gewerbelehrer selbst sind auf Lebenszeit angestellte Staatsbeamte. Ihre Besoldung erfolgt nach der staatlichen

Besoldungsordnung.

In der richtigen Erkenntnis, daß eine durchgreifende Reorganisation alle Teile des gewerblichen Fortbildungsichulwefens umfassen muß, erließ man auch hinfichtlich der Oberauffichtsbehörden neue Bestimmungen. Die Ministerialabteilung für die Fachschulen besteht ihnen zufolge aus einem Borfitenden, dem jeweiligen Borftand des Bürttembergischen Landesgewerbeamts, aus mehreren im Sauptamt angestellten und mehreren nebenamtlichen Mitgliedern. Die Ministerialabteilung hat in Unterordnung unter das Rultministerium das gewerbliche Fortbildungsschulwesen zu beauffichtigen und zu leiten. Auferdem ift ein fogenannter Beirat für bas gewerbliche Fortbildungsichulwesen geschaffen, welcher fich aus Gemeindevertretern, aus ben Borftanden und Sauptlehrern der Gewerbe- und Sandelsichulen, aus Ungehörigen gewerblicher und taufmannischer Berufe sowie aus Bertretern der übrigen Schulbehörden gufammenfest und bon der Minifterialabteilung berufen wird. Geine Aufgabe besteht darin, Fragen bon allgemeiner Bebeutung auf dem Gebiet des gewerblichen Fortbildungsschulmesens zu beraten und zu begutachten.

Die Organisation des Ortsgewerbeschulrats, seine Befugnisse, die Art der Ersedigung der laufenden Geschäfte, die Stellenbesetzung, die Durchführung der Schulaufsicht und der Schulordnung ist ebenfalls gesetzlich verankert.

Diese große und allumfassende Reorganisation des gewerblichen Fortbildungsschulwesens in Württemberg brauchte selbstverständlich eine Unzahl von Jahren, um sich einigermaßen auswirfen zu können. Der Ausbruch und die lange Dauer des Weltkrieges brachten eine unliebsame Stagnation in das aufblühende Schulwesen.

Nach dem Ariege zeigte sich dann sowohl im Sandwerk als auch in der Industrie ein fühlbarer Mangel an guten Qualitätsarbeitern als Folge der mangelnden Fachschul- und Werkstattausbildung während der Ariegsjahre.

In dieser Zeit erwuchs den Gewerbeschulen eine neue Aufgabe, die darin bestand, die Meisterlehre durch Schaffung von Schulwerkstätten wissenschaft-

lich zu erganzen, um wieder wirkliche Qualitätsarbeiter zu erziehen.

Die Schaffung von Schulwerkstätten ist selbstwerktändlich zunächst nur an größeren Schulen möglich. Anerkannt Gutes haben die Städte: Stuttgart, Ulm, Heilbronn bis jest geleistet. Ganz besonders ist auf die an der Wetallgewerbeschule in Stuttgart in mustergültiger Weise eingerichteten Schulwerkstätten hinzuweisen.

Dies ist in großen Zügen der heutige Stand des württembergischen Gewerbeschulwesens. Geringfügige Anderungen können dadurch eintreten, daß zurzeit ein neues Schullastengesetz eingeführt werden soll. Gegen die Einführung besselben wird aber von der gesamten Lehrerschaft Württembergs

Protest erhoben.

Busammenfassend ist zu sagen, daß die bisher erzielten Erfolge klar erstennen lassen, daß die durch Geset vom Jahre 1906 beschlossene und durchgeführte Reorganisation auch hinsichtlich der Lehrerausbildung und Lehrmethode, welch setztere ein besonderes Berdienst des Oberregierungsrats Dr.-Ing. Hartmann sind, in jeder hinsicht zweddienlich war. Es ist deshalb nicht zu viel gesagt, wenn ich die Behauptung ausstelle, daß das württembergische Gewerbeschulwesen an der Spitze ähnlicher Einrichtungen in Deutschland marschiert.

au

un Ein Arbeiterkammerbericht ::::

Tony Sender, Franffurt a. M.

Wie eine bon vergangenen befferen Tagen zeugende Caule ragt in diefe Beit fozialer und politischer Reaftion binein unter ben gang wenigen Ginrichtungen gleichen Charafters in Deutschland bie Arbeiterkammer Bremens. Sie ift eine gesetlich geregelte Einrichtung und war ursprünglich nur als ein Problforium gedacht bis zur allgemeinen reichsgesetlichen Regelung ber im § 165 der Berfaffung vorgesehenen Rateinstitutionen. Run ift aber infolge ber berfaffungewibrigen Richtausführung biefer fich über bas gange Reichsgebiet erstredenden, lokal und bezirklich gegliederten Arbeiter- und Wirtschaftsrate die Bedeutung der bereits errichteten Arbeiterkammern eine volltommen andere, darum aber nicht minder wichtige geworden. Gie find nun nicht mehr nur als eine borübergebende, alsbald in den Gesantrahmen einzugliedernde Einrichtung aufzufaffen, fondern als Borpoften, die mit Bionierarbeit zu leiften haben für eine fünftige vollkommenere Musgestaltung jenes ber Rateverfaffung zugrunde liegendem Gedantens einer bollberechtigten Mitwirfung aller arbeitenden Schichten an der Bermaltung ber Wirtichaft, wie des gesammen sozialen Lebens.

Damit wollen wir freisich keineswegs aussprechen, daß wir uns bis zur Erreichung dieser erstrebten umfassenden Räteversassung in der Zwischenzeit mit dem Zustand absinden dürsten, daß wohl die Unternehmerschaft in ihren Handels- und Industrie- sowie Handwerkerkammern ihre geschlichen Bertretungen besitzen, die auch in weitgehendem Ausmaße Einwirkung auf die Geschgebung und auf wichtige Berwaltungsgebiete ausüben, während der größte Teil des Bolkes, die gesamte Arbeitnehmerschaft, dis auf die ganz wenigen Ausnahmen der Hausschler von diesem Rechte noch immer ausgeschlossen ist. Wird doch auch die parlamentarische Arbeit durch diesen Zustand der Rechtsungleichheit in einem für die Arbeitnehmer ungünstigen Sinne hierdurch präsudiziert. In diesem Kampse um das wirtschaftliche Recht

ber Arbeitnehmer aber können uns die bestehenden Arbeiterkammern außerordentsich wertvolle Dienste leisten. Zunächst zeigt die Ersahrung der Praxis
besser als alles Theoretisseren, welche Aufgaben in lokalem Rahmen zu erfüllen möglich und notwendig sind und in welchen Zusammenhang diese
lokalen Institutionen mit denjenigen des Bezirks und des Reiches gestellt
werden müssen; zugleich aber soll mehr und mehr die Tätigkeit der Kammer
ben Rachweis erbringen, daß die Forderung der Arbeitnehmer- und Kätes
institutionen kein hohles, aus revolutionärer Romantik erwachsenes Schlagwort ist, sondern daß tatsächlich durch das Wirken der Kammern überhaupk
erst eine Stelle geschaffen ist, die sich ausschließlich von volkswirtschaftlichen
und gesellschaftlichen Gesichtspunkten, srei von engbegrenzter egoistischer Einstellung leiten läßt. Die Arbeitnehmervertretung aber kann dies nicht etwa
aus dem Grunde so hoher moralischer und gestiger Überlegenheit, sondern
weil in der Tat das Interesse der Arbeitnehmerschaft auss engste vom Wohl

und Gedeihen ber Boltswirtschaft abhängt.

Diefen Gindrud empfängt man auch aus bem bon ber Bremer Arbeiter. tammer berausgegebenen Rechenschaftsbericht für das Jahr 1923, beffen gange Abfaffung flar erfennen lagt, bag man alle Gingelfragen in ihrem großen Busammenhang mit ber Lage ber Gesamtwirtschaft und unter Beachtung der Entwidlung des gefellschaftlichen Rrafteverhaltniffes gewürdigt hat. Intereffant ift in der Darftellung ber durch ben Rubreinbruch, die Steuerscheu der Besitenden und die Inflationspolitif gefennzeichneten Epoche die Feststellung, daß in dieser Beit der größten Warenknappheit und der geringsten Rauftraft ber Bevölkerung eine Steigerung ber Sandel- und Bewerbetreibenden von girta 6000 Firmen im Jahre 1913 auf girta 22 000 im Rabre 1923 eingetreten ift, mahrend in der gleichen Beit eine Abnahme ber Besamtbevölferung Bremens ftattgefunden hat. Ein Beweis für bas ungeheure Barafitentum, das fich in diefer Zeit breitgemacht bat und gu ungefundefter Berteuerung der Brodutte führen mußte. 218 donn endlich - biel au fpat und bollig ungenügend - mit der Steuergesetgebung etwas energischer begonnen wurde und fich barunter auch die Lohnsteuer für die Betriebe befand, ba zeigten die Beobachtungen im bremifchen Bebiet, baf die Unternehmer diese beginnende Ordnung der Reichsfinangen mit der Forberung auf Aufhebung des Arbeiterschutzes zu parieren fuchten und insbesondere die als Ropffteuer aufgezogene Lohnfteuer mit Betriebseinschrantungen und Arbeiterentlaffungen beantworteten. Dieje Magnahme ergriffen fie, nachbem fie borber oft monatelang die Steuerabzuge bom Lohn in noch verhaltnismakig bodwertigem Gelbe einbehielten und fie erft nach langer Beit in völlig entwerteter Papiermart an das Reich abführten, unt fich durch diefe Inflationsgewinne auf Roften des Reiche und ber Arbeiterschaft au bereichern. Wie die Rammer berichtet, hat fie in wiederholten Fallen einjugreifen gehabt, in benen die Arbeitgeber offen erflarten, daß fie die Entlaffung megen der Lohnsteuer bornahmen und die Arbeiter, die folde Steuern ja gefordert, jest auch allein die Ronfequenzen zu tragen hatten.

Handels- und Gewerbefammern erwiesen sich als die Vorreiter im Kampse um Aussehung der Arheiterschutzbestimmungen. Hier mußte die Arbeiterstammer das Gegengewicht darstellen. Allerdings konnte dieser Kampf nur ein sehr ungleicher sein, da ja die Unternehmerorganisationen ihre Kammern über das ganze Reich verbreitet hatten, so daß gegenüber einer solchen umsfassenden Organisation die vereinzelte Arbeiterkammer sich natürlich nicht bollkommen durchseizen kann. Wit Recht hat aber dessenungeachtet die Arbeiterkammer in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit den Schutz der Arbeitskraft gestellt und eingehende Erhebungen in dieser Richtung vorgenommen. Aus der recht interessanten graphischen Darstellung ergibt sich, daß der gewogene Durchschnittsreallohn im Jahre 1914 betragen hat:

für Sandwerfer 87,50 Mt., für ungelernte Arbeiter 81,06 Mt.

im Oftober 1923 aber nur noch:

Dabei ift zu beachten, daß das Bild badurch noch zu gunftig ift, daß ber omtliche Teuerungsinder - ohne Bekleidung - jugrunde gelegt ift und daß ferner bereits im verfloffenen Sahre auch diefes niedrige Gintommen fein regelmäßiges mar, fondern burch wiederholte Arbeitslofigfeit unterbrochen wurde. Stellt doch ber Bericht feft, daß allein die Bahl der Rurgarbeiter bis au 5082 und die Bahl ber Erwerbslofen von 3359 im Dezember 1922 bis auf 8513 im November 1923 gestiegen war. Wobei man zu berücksichtigen hat, daß die eigentliche Rrife erft gegen Mitte bes Jahres 1924 begonnen hat, fo daß aus dem ganzen Zusammenhang erft bas ganze Elend erfannt werden tann, das diefe die gangen Jahre elend entlohnte Arbeiterschaft erwartet, wenn nunmehr die Beifel langerer Arbeitslofigfeit auf fie berniederfauft. Wie wertvoll mare es, maren folde bofumentierte, bon amtlich anertannten Organen borgenommene Reftstellungen über bas gange Reichsgebiet borgenommen worden, fo daß dadurch nicht nur die gesetgeberische Arbeit beeinflugt, fondern bor allem auch ein weitaus ftarterer, nur durch bie einwandfreie Feststellung brutaler Tatsachen wirfender Drud insbesondere auf das Arbeitsministerium ausgeübt worden ware.

Eine ebenso wertvolle graphische Darstellung ist dem Bericht in der Aufzeichnung der Unterstützungssätze für die Erwerdslosen beigegeben, wonach diese im günstigsten Zeitpunkt, April und Mai, noch nicht 50 Prozent des amtlich errechneten Existenzminimums ausmachten, mit der sich verschärfenden Gelbentwertung aber dis auf 3,1 Prozent des Existenzminimums im Oftoder herabsanken. Eine schreiende Anklage gegen diesen Staat, der im Ruhrkampf ungeheure Opfer von den arbeitenden Menschen sorderte, sie dann aber dis hart an die Grenze des Berhungerns versinfen ließ.

Bie in dem vergangenen Jahre umfaßte ein großer Teil des Arbeitsgebiets der Kammer die Begutachtung von vorliegenden, im Parlament noch nicht beratenen Gesehentwürfen, ebenso wie die Abgabe von Gutachten über die Tagesordnungspunfte die auf den Genfer internationalen Arbeits-

konferenzen zur Beratung standen. Darüber hinaus aber gingen auch eine Reihe von eigenen Anregungen auf arbeitsrechtlichem und kulturellem Gebiet von der Kammer selbst aus und es kann nur gewünscht werden, daß gerade diese Seite der Kammertätigkeit weiter ausgebaut werde. Etwas eingehender allerdings hätten wir die Berichterstattung darüber gewünscht, in welchem Ausmaß die Arbeit durch Bollstungen der Kammer und inwieweit vom Borstand geleistet wurde, denn auch in dieser Beziehung müssen die gemachten

Erfahrungen für die Aufgaben der Bufunft gewertet werden. Die Rammer, die fich nunmehr ausschlieflich aus den bon ben Arbeitnehmern erhobenen Beitragen erhalt und feine Buschüffe mehr aus öffents lichen Mitteln empfängt, wird es nicht leicht haben, fich zu behaupten und ihrer Arbeit Geltung zu berichaffen. Da fie fich aber bon bem burchaus gefunden Gedanken leiten lagt, daß diefe berufsftandifchen Rammern alles Intereffe an der Forderung und Startung der wirtichaftlichen Organis fationen ber Arbeitnehmer haben und fie fich barum voll und gang auf diefe ftütt, wird ihr dies einigermaßen erleichtert werben. Die Arbeitnehmerschaft im Reiche aber moge fich gejagt fein laffen, bag es letten Endes am Grabe ihrer eigenen Erfenntnis liegt, ob der Ratebaragraph der Berfaffung bon biefem fleinen, wenn auch nicht unwichtigen Unfat zu weiterer Ausgeftaltung gelange ober noch lange Beit toter Buchftabe bleiben foll. Aber auch aus diesem fleinen Musschnitt, ben ber Bericht uns gibt, erfennen wir: Der Brundgedante der Rateverfaffung ift gefund und wird wieder gu feiner bollen Bedeutung gelangen. Trop ber Steptifer innerhalb und außerhalb bes Broletariats!

Ueberwachung von Dampftondensationsanlagen

1:22

Steiger Salbfell (Buer)

Mit wachsender Erkenntnis der Bedeutung rationeller Barmewirischaft in Industriellen Betrieben steigert sich das Bestreben, eine leicht übersichtliche, dauernd gut arbeitende Betrieben steigert sich das Bestreben, eine leicht übersichtliche, dauernd gut arbeitende Betriebskontrolle einzurichten. Bezüglich der Arbeiten ist eine solche Kontrolle einzuschlen. Bezüglich der Arbeiten ist eine solche Kontrolle einzurichten. Bezüglich der Arbeiten ist eine solche Kontrolle einzuschung der Maschung der Berken auch heute noch weniger Beachtung. Und doch verlangte die überwachung der Kondensanlagen mehr Sorgsalt als die der Arbeitenachse die überwachung der Kondensanlage Undichtigkeiten gegen die atmosphärtsche Luft übersehen werden, der Kondensanlage Undichtigkeiten gegen die atmosphärtsche Luft übersehen werden, der Kondensator durch Steinausssall aus dem Kühlwasser in zunehmendem Wase versichmust und nicht rechtzeitig gereinigt oder gar ganz steinstei gesalten wird, oder wenn das Kühlwasser aus dem Basserrum in den Dampfraum durch undichte Kohre oder Stopsbüchsen tritt, so verursacht dieser mangelhaste Betrieb eine Wenge unnötiger Kosten. Deshalb soll sede Kondensanlage mit drei guten sowie dauernd zuverlässig anzeigenden Wesinstrumenten ausgerüstet sein, und zwar mit einem Basuummeter, einem Güegradmesser und einem Kondensatrüser.

Die Betriebsilbermachung ber Dampftondensationsanlagen von einer einzigen Stelle im Maschinenhause oder von weiter entsernter Stelle aus und durch zwerläsige sowie steis richtig anzeigende elektrische Mehinstrumente ist heute für jede neuzeitliche Dampsmaschinenzentrale unbedingtes Ersordernis, denn auch schon kleine Mängel an

einer Kondensationsanlage erboben die Betriebstoften gang außerordentlich.

Es foll bier ber elettrifde Brufftanb, Bauart Rigmann, als Beifpiel befprocen werben. Diefer eleftrifche Bruffband ermöglicht bie Ubermachung aller vorhandenen Sonbenfationsanlagen son einer Stelle aus; fein elettrifches Meginftrument genugt allen Anforderungen binfichtlich bes Genauigfeitsgrades der Angeige bes Meggerates und

beffen Unabhangigfeit bon ber Megipannung.

Das Megingtrument wird nach ben Rigmannichen Schuprechten von ber A.-G. Barmann & Braun in Frantfurt a. D. hergeftellt. Der Brufftanb, auf einer Marmor-Schalttafel aufgebaut, umfagt: I Glettrobafuummeter, 1 elettrifden Gutegradmeffer, I eletrifchen fondenfatprufer, die in einem gemeinsamen Behaufe untergebracht find und unter Benugung von Drudgrifficaltern auf beliebig viele Kondensationsanlagen umgeschaltet werben tonnen, so daß ber ben Bentralenbetrieb übermachende Betriebsleiter ober ber Barmeingenieur fofort und ohne fich au ben einzelnen Aggregaten begeben zu muffen, flar überfeben tann:

a) welches Batuum am Abdampiftugen jeder Kondenfationsanlage (bezw. am

Turbinenabdampiftugen) berricht,

b) ob und in welchem Make jede Kondensationsanlage luftbicht bezw. ob und wie weit die Ruhleride eines Rondenfators burch Steinausicheidungen aus dem Rublwasser verunreimigt ist,

c) welche ber vorhandenen Rondenfationsanlagen in bezug auf Gute die befte ift, d) ob und in welchem Mage bei einer Rondenjationsanlage das Rondenjat durch

Ruhlwaffer infolge von Undichtigfeiten der Ruhlröhren verunreinigt wird.

Das Elektrovakuummeter gibt peinlich genauen Aufschluß fiber die nach außen mirtjame Belftung ber Rondemationsanlage, aljo über bas erzeugte Batuum. Muf ber Doppelftala des Mehinstruments wird gleichzeitig der absolute Drud in kg/gcm und bas auf den Normalbarometerftand von 760 mm QS reduzierte prozentuale Bafuum angezeigt.

Der eleftrifige Gitegradmeffer mißt ben Gutegrad jeder Rondenfationsanlage, ausgedrudt durch die Offferenz zwischen der Temperatur des Abdampfes im gesättigten Bustande beim Eintritt in den Kondensator und der Temperatur des erwärmten Rublmaffers beim Austritt aus bem Rondemator. Diefenige Konbenfationsanlage ift die befte, beren Rondensator bie fleinfte Temperaturdiffereng aufweift, wenn diefer in ber Rublfläche fauber und das Gefantisftem luftdicht ift. Undichtigfeiten gegen die Atmosphäre und Berichmugung der Ruhlflache vergrogern die jeder Kondenfationsanlage charafteriftifche Temperaturbiffereng. Der Gutegradmeffer gibt alfo fichern Aufichlug über ben inneren Bert einer Kondenfationsanlage.

Der elettrifche Ronbenfatprufer Beigt ben jeweiligen Buftanb bes Ronbenfats an. ob es alfo rein ift ober ob es durch in ben Dampfraum eindringendes Ruhlmaffer berunreinigt wird. Das Kondenfat ift bas idealste Reffelspeisewasser, da es frei ift von Ber-unreinigungen und Gafen. Jebe Berunreinigung bes in Oberflachkondenfatoren gewonnenen Rondenfats beraubt es feiner bervorragenden Gigenfchaften als Reffelfpeifemaffer, und beshalb ift eine laufende und fichere Rontrolle besfelben von größter Bichtigs teit. Der eleftrische Kondensatprufer arbeitet durchaus zuverlässig; er zeigt sofort an, ob und in welchem Umfange Undichtigfeiten gegen ben Bafferraum vorhanden find. Das Deginftrument wird fur bie jeweiligen Betriebs- und Bafferverhaltniffe geeicht, und awar auf Barte, Chlor, Gipsgehalt ufm.

Die Deffung bes Batumes und bes Gutegrabes gefchieht nach bem Gefes, bag ber elettrifche Widerftand chemifch reinen Platins in unveranderlichem und einbeutig ermitteltem Mage von der Temperatur abhängig ift. Gin Kreugspulohmmeterspftem wird mit temperaturempfindlichen eleftrifchen Biberftandethermometern gufammengeichaltet. Gin Biderftandethermometer ift am Dampfeintrittsftugen bes Rondenfators bort eingebaut, wo der Abdampf bestimmt gefättigt ift, das andere Widerstandsthermometer fist

im Ablaufftugen des erwarmten Ruhlmaffers.

Die Brufung ber Beichaffenheit bes Konbenfats beruht auf ber veranberten Leitfabigteit von mit hartem Ruhlmaffer verunreinigtem Rondenfat gegenüber reinem Kondensat. Ein Elektrodenpaar wird in die Rondensatableitung eingebaut und mit dem Meggerat gujammengeschaltet.

Durch die besondere Bahl der Megipfteme des Inftruments ift Bemahr bafur gegeben, daß die Mehgemuigkeit volltommen unabhängig von Spannungsveranderungen ber Stromquelle ift. Als Stromquelle dient ein 6 Bolt-Attumulator.

Die Statif im Gisenbau

Bon Liet

(Fortfehung)

Wir haben hier ben gang einsachen Fall eines "Trägers auf zwei Stuten" bes hanbelt, ber gar teine Schwierigkeiten bietet. Diese stellen sich aber sogleich ein, wenn wir ein brittes Auflager einfügen, und schon der "Aragträger" und "Doppelfragträger" ergeben verwickeltere Untersuchungen. Es kann hier nicht darauf eingegangen werben.

Gang turz sei noch der Bogenträger gestreist. Jeder Bogen hat das Bestreben, auseinanderzuschnnellen, und dies um so mehr, je stärfer er belastet wird. Er übt auf seine Auslager nicht nur einen senkrechten Auflagerdruck aus, sondern er entwicklt auch noch einen horizontal gerichteten "Schub". Dieser muß von einem hierzu besonders ausgebildeten "Biderlager" aufgenommen werden, wenn man nicht nach Art der Sehne in dem zum Schießen gebrauchten Bogen eine "Zugstange" zur Ausnahme des Schubs einziehen kann. Auf alle Fälle aber muß dieser Schub genau bestimmt werden, und das ersordert sehr komplizierte Borarbeiten. Alls Schub oder Abscheung bezeichnet man auch

jene Art der Biegung, die sich mit gang turzen Sebelarmen abspielt. Es ift genau jener Borgang, der sich an jeder Schere zeigt, wo zwischen zwei dicht auseinander gleitenden Backen das meist dunne Material glatt "abgeschert", eigentlich durchgebrochen wird. Es betrifft dies im Sisenbau zuallermeist die verdindenden Konstruktionsteile, wie Niete, Schrauben und Bolzen und setzt erhebliche Kräfte voraus, die ja allermeist auch vorhanden sind.

Alle diese vorbehandelten Möglichkeiten, Bug, Druck, Biegung, Knickung und Schub kommen nun auch kombiniert vor. Zwar wird ein Träger saft stets nur auf Biegung beansprucht sein, aber es können auch hier unter Umständen noch andere Möglichkeiten hinzutreten und bei manchen Konstruktionsteilen wird die "zusammengeleste Festigkeit" nahezu die Megel. Wir wollen dies am Beispiel einer Säule erläutern (Fig. 2).

Es handelt fich hier etwa um eine der großen Wandfaulen einer eifernen Salle. Auf dem Ropfe der Saule ruhe eine Last von 50000 kg, neben der das Gigengewicht Backy

Second My

Seco

ber Saule mit 6000 kg wirkt. Wären nur diese senkrechten Krafte vorhanden, so würde die Saule lediglich auf Drud und daneben auf Knidung zu untersuchen sein. Run wirken aber am Kopfe noch 20 000 kg horizontal und ebenso b000 kg etwas über Schastmitte, und diese Porizontalkräfte tritt zum Drud die Biegung. Diese Biegung verursacht am Saulensuße das Moment M = 20 000 · 1000 + 5000 · 600 = 28 000 000 emkg. In bezug auf die Horizontalkräfte kann man die Saule als Träger betrachten, an einem Ende eingespannt, am andern frei, sog. Konsoliträger. Die Trägerböhe, hier also die Säulenbreite, beträgt 200 cm. Nun entsteht im linken Schast der Saule eine Zugtraft, im rechten eine gleich große Drudkrast, und zwar ist

Außerbem wirfen vom Ropfe her 50 000 kg und etwa bas halbe Gigengewicht im Bertrage von $\frac{6000}{2} = 8000$ kg. Diese find aber Drud und haben also negatives Borzeichen. Es herrichen somit im Schaft: $+115\,000-50\,000-3000=+62\,000$ kg. Im rechten

Schaft hatten wir ebenfalls 115 000 kg, aber Drud, bazu wieder das halbe Eigengewicht von 3000 kg, ebenfalls Drud, also insgesamt: — 115 000 — 3000 — — 118 000 kg. Wir brauchen also bei 1200 kg/qcm zulässiger Beanspruchung

lints
$$\frac{62\,000}{1200} = \sim 52 \text{ qcm}$$

rechts $\frac{118\,000}{1200} = \sim 98 \text{ qcm}$

(das Zeichen — bedeutet "ähnsich", "zirka"). Dierbei ist wohl auf die Nieisöcher und sonstigen Bohrungen in den Schäften zu achten. Uberall, wo Zug herrscht, sind sie abzuziehen, da sie ja den Querschnitt schwächen. Bo Drud herrscht, wird das allermeist nicht geübt, denn ein gut ausgeführtes Niet oder ein gedrehter Bolzen sollen das Lock genau ausfüllen. Bei Schrauben ist das aber nicht der Fall.

Die Saule ist in dieser Beise in verschiedenen Querschnitten zu untersuchen und bie Schafte werden in verschiedenen hohen verschiedene Profile haben durfen ober muffen. Dabei sollen fie aber unbedingt knidsicher sein und endlich find noch die Stabkrafte im

Bittermerf gu beftimmen, meldes beibe Schafte verbindet.

Die Durchführung aller dieser an sich nicht allzu schwierigen Untersuchungen kann hier nicht gegeben werden. Wir wersen nur noch einen Blief auf die Berankerungen der Saule. Es handelt sich hier um eine anschnlich große, von der es selbswerskändlich ist, daß sie einen beeiten und kräftig ausgebildeten Tuß erhalten muß. Dies ist aber auch nötig, um ihre "Stabilität" zu sichern. Die von links her mirkenden Horizontalkräste werden das Bestreben haben, die Säule umzuwersen, wobei sie sich um die "Kipplante" K drehen würde, während die senkrechten Lasten sich diesem Bestreben entgegenstellen und stabilissernd wirken. Schwere Körper sind bekanntlich nicht leicht umzuwersen.

Nun entwideln die Horizontalkräfte das Moment 20 000 . 1000 + 5000 . 600 = 23 000 000 cmkg, die Bertikalkräfte aber, in bezug auf K 6000 . 250 + 50 000 . 350 = 19 000 000 cmkg. Da nun 23 Millionen größer sind als 19 Millionen, so haben die auf Umwersen hinstrebenden Kräfte das übergewicht. Die Säule wird also nicht ohne Beranterung stehen bleiben. Sollte dies der Fall sein, so müßten die Bertikalkasten mindeskens das gleiche Woment ergeben, wie die Horizontalkräfte, besser aber ein größeres. Um nun dies zu erzielen, muß eine neue Krast eingeführt werden, nämlich die Widerstandskraft

ber Anterschrauben. Die bestimmt fich zu

$$\frac{23000000 - 19000000}{500} = 8000 \text{ kg.}$$

Schrauben haben eine zulässige Beanspruchung von 750 kg/qcm. Es wird also ers fordert ein Kernquerschnitt von $\frac{8000}{750}=\sim 10,7$ qcm. Man kann also in diesem Falle

zwei Anterschrauben von 1½ Zoll benutzen. In Wahrheit wird man einen etwas größeren Durchmesser nehmen, da diese leichte Berankerung der schweren Säule nicht recht ans

gemeffen ift.

Auf dem Kopfe der Säule ruhen 50 000 kg, und entsprechend start müssen dort die Nietanschlüsse sein. Im Fußpunkt des rechten Schaftes haben wir sie gar für 118 000 kg auszubilden. Nietmaterial ist weicheres Sisen als die Konstruktionstelle und soll nur mit hoon beren zulässiger Beanspruchung herangezogen werden. Es sind 4/s. 1200 = 960, rund 1000 kg/gom. Die Riete werden, wie bereits früher ausgeführt, auf Abschrung beansprucht. Bei 118 000 kg anzuschließender Krast brauchen wir mithin einen Gesamts

querschnitt von $\frac{118\,000}{1000}=118\,$ qcm. Nehmen wir nun Niete von 22 mm Durchmeffer,

so haben diese einen Querschnitt von 3,8 gcm und tragen also 3800 kg. Da $\frac{118}{3,8} = \sim 81$ ift, so brauchte man zum Anschluß 31 Stüd 22 mm-Niete. Man rundet nach oben ab auf

32 Stud, um eine fleine Sicherheit gu haben.

Auch die Abmessungen des Säulensußes wären zu untersuchen. Nehmen wir an, das Fundament darf mit 10 kg auf den Quadratzentimeter belastet werden, so brauchten wir eine Fußplatte von $\frac{56\,000}{10} = 5600 \text{ qcm}$. Wie man ohne weiteres sieht, genügte unsere Kußplatte weitaus für die senkrechten Lasten. Nun aber treten die Horizontals

::::

kräfte hinzu und verschlechtern die Berhältnisse ganz gewaltig durch ihre Einwirkung. Sie erfordern Untersuchung auf Kantenpressung, die hier nicht gegeben werden kann. Nachher sind noch die Jundamente zu untersuchen, wobei wieder die Stabilität des Ganzen in Frage kommt und dann die Pressung zwischen Fundament und Baugrund.

Oben war bereits ein Rietanschluß besprochen. Bei einem Säulensuß kann man annehmen, daß es sich um eine "einschnittige" Vernietung handelt, das heißt die Niete verbinden zwei auseinanderliegende Materialstärfen miteinander und werden in deren Arennungssuge, also in einem Querschnitt, auf Abscherung beansprucht. Nun kommt sehr hänsig der Fall vor, daß ein Niet durch drei Materialstärken geht, beispielsweise durch zwei Winkeleisen und ein dazwischenliegendes Knotendlech. Er wird also hier in zwei Querschnitten beansprucht, denn drei auseinanderliegende Platten haben zwei Berührungsslächen. Nehmen wir an, die beiden Winkeleisen haben jedes 6 mm Schenkelstärke, das dazwischenliegende Knotendlech ist 10 mm start; im ganzen sei eine Kraft von 30000 kg zu übertragen. Es werden Niete von 20 mm Durchmesser verwendet. Ein solches Niet trägt einschnittig rund 3000 kg. Da jedes Niet in zwei Querschnitten beansprucht wird, so trägt es zweischnittig 2-3000 — 6000 kg. Die 30000 kg lassen sich also mit sünf Nieten anschließen; um Sicherheit zu haben, verwenden wir deren sechs. Nun tritt ein neuer Gesichtspunkt hinzu, die Untersuchung auf Lochslabungsbruck.

Ist der Niet zu schwach, so wird er in beiden Querschnitten zerbrochen, "abgeschert" werden. Halt er aber hier, so wird er mit der Kraft, welche seine beiden Querschnitte nicht abzuscheren vermochte, gegen die Wandung des Loches gepreßt. Für diesen Fall

ift eine Preffung von 2200 kg/qcm geftattet.

Wir haben nun 6 Niete, die zusammen 30000 km übertragen, also jedes 5000 kg. Der Durchmesser der Niete ist 2 cm, die Gesamtstätte der beiden Winkeleisenschenkel ist 2·0,6 = 1,2 cm, während das Knotenblech nur 1 cm start ist. Hier wird also der Bolzen mit einer Krast von 5000 kg gegen eine Fläche von 2·1 = 2 qem gepreßt.

Es herrscht ein Lochlaibungsbruck von $\frac{5000}{2}=2500~{\rm kg/qcm}$, welcher zu hoch ist. Man muß also entweder die Anzahl der Niete vermehren oder deren Durchmesser versgrößern. Nehmen wir anstatt der 6 Niete von 20 mm deren 7 an, so wird der Loch-

laibungsbrud $\frac{30000}{7.2} = 2148$ kg/qcm, verwenden wir jedoch 6 Niete von 22 mm, fo

erhalten wir $\frac{30000}{7.2,2}=1948$ kg/qcm. Belche von beiben Möglichkeiten man nehmen will, muß der Konstrukteur entscheiden. Beibe haben Gründe für und wider. (Forts. folgt.)

Bücherbesprechung

heit in Dautichland Man Stone Charles

Die Frauenerwerbsarbeit in Deutschland. Bon Anna Geger (Thuringer Berlagse amftalt, Jena 1924).

Das Büchlein stellt eine eingehende statistische Untersuchung über die Entwicklung der Frauemerwerbsarbeit im deutschen Wirtschaftsleben dar und hat sich nach der Bordermerkung der Verschemerkung der Verschemerkung der Verschemerkung der Verschen das Ziel gesteckt, die "Schwierigkeiten abzukürzen, die sich für die Frauen aus der Epoche des übergangs von rein hauswirtschaftsicher Tätigkeit zur Erwerbsarbeit ergeben". Dieses Ziel ist in der Arbeit allerdings mehr auf indirekte Weise durch Vermittlung objektiven Tatsachenmaterials, als in direkter Weise durch Aussuchendeie Entwicklung verkürzender Wege und das Erleben konkreter, die gesteckte Aussachender Horderungen versolgt. Es ist eine überaus steizige und angesichts des recht lückenhaften statistischen Materials nicht leichte Arbeit in der Untersuchung des Umfangs, der Art, der Entschnung der Frauenerwerbsarbeit, ihres Einslusses auf den Gesundheitszustand der Frau. Dat sich die Versasserbeit, ihres Einslusses auf den Gesundheitszustand der Frau. Dat sich die Versasserbeit, über Arten zu gewinnenden Materials besleißigt, so wird in dem Abschnitt über die psychische Wirkung der Frauenerwerbsarbeit die Untersuchung begreissischen den ausgezeigten Tatsachen schon

bebeutend vager. Das erklärt sich durch die heute noch sehr mangelhafte Forschung auf psychologischem und soziologischem Gebiet. Zu den zur Frauenerwerbsarbeit verantassenden Motiven möchten wir indes nicht unterlassen, neben der Wirkung der Rot und des Nachahmungstriebs auch auf den Antrieb hinzuweisen, der bei vielen jungen Frauen in der Erkenntnis des hohen ethischen Wertes der Arbeit gegeben ist, in dem Erwachen auch des Persönlichseitsbewußtseins der Frau, durch das unsere Zeit gestennzeichnet ist. Schließlich wird in dem letzen Abschnitt "Frauenerwerbsarbeit und spziales Leben" richtig auf das Interesse einer gleichwertigen Ausbildung der Mädchen mit den Knaben verwiesen und mit einer leider etwas allzu knappen Darstellung der Rolle der Frau in Gewerkschaft und Politik das Buch beschlossen. Angesichts der anwachsenden Frauenerwerbsarbeit muß diese, wie jede ernste Untersuchung dieser gesellschasslich wie kulturell gleich wichtigen Erscheinung begrüßt werden.

*

Die Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 nebst Ausstührungsbestimmungen vom 10. und 29. Dezember 1923, erläutert von Dr. G. Flatow und R. Joachim (Berlag non Julius Springer, Berlin 1924). Gegen das staatliche Schlichtungsrecht geht nach wie vor der hestigste Kampf der Unternehmer. Ohne darum das geringste Zugeständnis an den Gedanken des Schlichtungszwanges zu machen, begrüßen die Arbeitnehmerorganisationen alle Bestrebungen, die dem Neomanchestertum auf arbeitsrechtlichem Gebiet, der von den Arbeitzebern erstrebten Ausbeutersreiheit entgegenwirken. Wichtige fit, das die Arbeitnehmervertreter darum bei der Anwendung entstehender geschlicher Borschriften aufs beste orientiert seien, und diesem Zwede dient das obengenannte Buch, das paragraphenweise eine eingehende Besprechung der in Geltung besindlichen Berordnungen dornimmt und dem noch die wertvolle Ergänzung des Berzeichnisses der Schlichtungsausschäfte und ihrer Bezirke, der Schlichter, der obersten Landesbehörden sowie ein Auszug aus den einschlägtgen Bestimmungen des Gewerbegerichtsgesehes beigefügt ist.

Beber Gewerfichafisbeamter, Schlichtungsamtbeifiger und Betriebstat follte biefes

Informierende Rachfclagebuch in feiner Bibliothef haben.

4

Die deutsche Bährungsfrage von Professor Dr. Julins hirch (Kommissorlag von Gustav Filcher, Jena 1924). Diese von dem Staatssekretär des ehemaligen Wirtschaftsministers Robert Schmidt versaßte Schrift schreibt die Geschichte des deutschen Bährungsversalls die zu der vor ein paar Monaten begonnenen Stabilisierung und der gerade jeht einsehen Birtschaftskrise. Die Darstellung hat ihren Wert über den einer historisch exalten Schilderung hinaus dadurch, daß der Versasser stell aus den die Möglichkeiten verweist, die dem Versall schon vor langer Zeit und ohne die schweren Opfer, die nunmehr gedracht werden müssen, hätten Sinhalt gedieten können. Dr. Dirsch kann dies um so anschaulicher tun, als ein Teil zewer schon vor Jahren gemachten Vorschläge ja von ihm selbst herrührt. Nur wenn man — wie es in dieser Schrift geschieht — den ganzen Ablauf der deutschen Währungskatastrophe im Zusammenhang des trachtet, kann man die tieseren Arsachen klar erkennen und daraus dann auch die Wege ausweisen, die aus der sich jeht verschärsenden Krise wieder heraus zur Gesundung sicher klonnen.

Die Arbeit von Dr. hirsch ift wertvoll badurch, daß er solche Wege ausweist und sich babei von wirklich volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, die speziell auch das Interesse ber proletarischen Schichten in das Bentrum stellen, leiten läßt. Darum ist das Buch jedem denkenden Arbeiter, der nicht gleichgultig an den komplizierten Wirtschafts und Finanzproblemen der Gegenwart vorübergeht, um ihre Lösung ausschließlich den Fachseuten — das heißt den vom Kapital bezahlten und für dieses arbeitenden Wissenschaftern — zu überlassen, zum Studium dringend zu empsehlen. T. S.